



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

2014

Martin Schaller

**Fremde Bettgenossen oder  
*Outsider Insurgency?*  
Analyse rhetorischer Strategien  
und Argumente in der Debatte  
über den *Emergency Economic  
Stabilization Act of 2008* im  
U.S. Repräsentantenhaus**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Tanja Zinterer  
SoSe 2014

## Inhaltsverzeichnis

<b>0. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>3</b>
<b>1. MEHR ALS NUR POLARISIERUNG</b>	<b>4</b>
1.1 BEGRÜNDUNG DER FORSCHUNGSFRAGE	5
1.2 AUFBAU DER ARBEIT	6
<b>2. THEORETISCHER RAHMEN</b>	<b>7</b>
2.1 DIE STRUKTUR DES POLITISCHEN RAUMES	7
2.2 <i>POSITION-TAKING</i>	12
2.3 <i>DAS ROUNDED STATEMENT ABOUT MOTIVES</i>	13
2.4 DIE RHETORISCHEN STRATEGIEN UND ARGUMENTE NACH POLITISCHER POSITION	16
<b>3. VERGLEICH DER <i>ROUNDED STATEMENTS ABOUT MOTIVES</i></b>	<b>20</b>
3.1 KONZEPT UND METHODE	20
3.2 HINTERGRUND UND INHALT DES EESA	22
3.3 UNTERSCHIEDE NACH DEN EINZELNEN IDEOLOGISCHEN POSITIONEN	25
3.4 VERÄNDERUNGEN NACH DEM KOALITIONSWECHSEL	35
3.5 DISKUSSION	40
<b>4. SCHLUSSBETRACHTUNG: WIE VIEL MEHR ALS POLARISIERUNG?</b>	<b>43</b>
<b>5. LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>45</b>
<b>6. PLENARPROTOKOLLE AUS DEN <i>CONGRESSIONAL RECORDS</i></b>	<b>50</b>
<b>7. ANHANG</b>	<b>51</b>
7.1 DW-NOMINATE-FIRST-DIMENSION-WERTE FÜR DIE ABGEORDNETEN	51
7.2 REDNERLISTEN DER DEBATTEN	52

## 0. Abkürzungsverzeichnis

COFEX = Coalition of Extremes

EESA = Emergency Economic Stabilization Act of 2008

FDIC = Federal Deposit Insurance Corporation

SEC = Securities and Exchange Commission

TARP = Troubled Asset Relief Program

## 1. Mehr als nur Polarisierung

Es scheint ein weit verbreitetes Phänomen in Deutschland zu geben, das man als Unverständnis für die Republikaner bezeichnen könnte.<sup>1</sup> Beobachtern der amerikanischen Politik drängt sich der Eindruck auf, dass die politische Polarisierung in den USA zunehmend radikal geworden ist. Schuld daran seien – nach gängiger Betrachtungsweise in Deutschland – nicht zuletzt die Republikaner, die für nichts anderes stünden als Waffenrechte, Schwulenhass und Verachtung der Umwelt. Demnach schlägt sich Obama also mit einem irren Gegner herum. Die Vernunft in Gestalt der Demokraten steht dem Wahnsinn – verkörpert durch die Republikaner – beinahe hilflos gegenüber. Die Grenze wird in der Mitte gezogen.

Das trifft aber nicht immer zu. Denn es gibt Abstimmungen im amerikanischen Kongress, die dem nicht entsprechen (vgl. Hussey 2007). Es finden sich in COFEX-Votes<sup>2</sup> linke Demokraten und rechte Republikaner auf einer Seite bei der Abstimmung über eine Streitfrage und Moderate beider Parteien auf der anderen.<sup>3</sup>

Im Bereich der Wirtschaftspolitik zeigte sich eine COFEX beispielsweise in der Abstimmung im US-Repräsentantenhaus über den *Emergency Economic Stabilization Act of 2008* (EESA) (vgl. Hussey 2009). Während der von Bush eingebrachte Plan von den Fraktionsführungen der Parteien unterstützt wurde, fand sich eine COFEX, die zunächst erfolgreich dagegen opponierte.

COFEX ist bislang ausschließlich in quantitativen Arbeiten untersucht worden. Ein qualitativer Zugang ist dagegen bisher nicht unternommen worden. Dabei gibt es doch eine Fülle an Material aus dem Parlament, dem man sich im Rahmen dieses Phänomens nähern könnte. Allerdings kann eine Analyse der Parlamentsdebatten auch nur eines Teils der von Hussey als COFEX-Votes titulierten Abstimmungen hier nicht geleistet werden. Daher beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf den angesprochenen Fall.<sup>4</sup> Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei auf den rhetorischen Strategien und Argumenten der Abgeordneten in den Debatten um den EESA nach deren *Zugehörigkeit zur COFEX* und *Ideologie*. Dementsprechend lautet die Forschungsfrage:

---

<sup>1</sup> Das lässt sich beispielsweise durch die turnusgemäßen Meinungsumfragen vor US-Präsidentenwahlen in Deutschland belegen, die Obama – der Demokrat – selbst 2012 mit mehr als 90% für sich entschieden hätte. (Deutschlandtrend 2012). Auch 2004 wäre das Ergebnis nicht sehr viel anders ausgefallen. Bush hätte mit 16% klar gegen John Kerry (73%) verloren (Brinkbäumer und Spörl 2004).

<sup>2</sup> COFEX = **CO**alition of **F** **EX**tremes

<sup>3</sup> Man könnte annehmen, dass eine Koalition der Extreme einfach ein Artefakt von Kompromissen beider Parteien sein könnte, weil es nun einmal immer ein paar Unzufriedene gibt. Damit würde man es sich allerdings zu einfach machen, denn schließlich hat die Koalition der Extreme immerhin in einem Gutteil ihres Bestehens Erfolg und damit eine Mehrheit einer Parlamentskammer hinter sich. Manchmal schlägt sie sogar selbst Gesetzesvorhaben vor, wenngleich eine bejahende Koalition wesentlich öfter scheitert als eine obstruktive (Hussey 2007, 45f.).

<sup>4</sup> Dabei handelt es sich um die wohl spektakulärste COFEX-Abstimmung.

„Wie unterscheiden und verändern sich die von Kongressabgeordneten im *position-taking* zum *Emergency Economic Stabilization Act of 2008* vor dem U.S.-Repräsentantenhaus verwendeten rhetorischen Strategien und Argumente nach Zugehörigkeit zur COFEX und Ideologie?“

Ferner soll auf Basis der Befunde zur Forschungsfrage der Frage nachgegangen werden, ob und wie weit sich aus ihnen Schlüsse für die Bildung der COFEX im Falle dieser Abstimmung ziehen lassen. Schlagen beispielsweise konservative Republikaner und liberale Demokraten in ihren Reden unterschiedliche Maßnahmen anstelle des EESA vor, so ist das ein Zeichen geringer inhaltlicher Gemeinsamkeiten zwischen den Extremen. Nach Husseys weiter unten erwähnter Konzeptualisierung ließe sich damit von Multidimensionalität sprechen.<sup>5</sup>

### 1.1 Begründung der Forschungsfrage

Für die Forschungsfrage sprechen zwei Gründe. Erstens gab es Veränderungen in den inhaltlichen Positionen, weil 58 Abgeordnete vom Lager der Gegner ins Lager der Befürworter wechselten (Miller 2009, 8). Diese Veränderungen lassen eine Anpassung der rhetorischen Strategien vermuten, denn idealerweise gilt: „each position adopts [distinct rhetorical strategies] to connect political action to its underlying philosophy“ (Brock et al. 2005, 81). Zweitens ist die Thematik sowohl wissenschaftlich als auch politisch relevant.

Die Arbeit liegt – wie bereits angedeutet – im Schnittpunkt von mehreren Forschungsbereichen: der Forschungstradition zur politischen Polarisierung (genannt seien hier Poole und Rosenthal) und der Forschungstradition zum *position-taking* von Politikern, dem hier vereinfachend auch die politische Rhetorik untergeordnet werden soll (z.B. Brock et al. 2005).<sup>6</sup> Die Polarisierung und COFEX wurden bisher – wenn überhaupt – ausschließlich anhand von Daten zu namentlichen Abstimmungen erforscht. *Position-taking* abseits von namentlichen Abstimmungen wurde mehrheitlich ignoriert.<sup>7</sup> Dabei ist doch der riesige Fundus an Parlamentsdebatten hauptsächlich unter dem Aspekt des *position-taking* interessant, denn damit könnte ein differenzierteres Bild der Positionen von

---

<sup>5</sup> Siehe Seite 11.

<sup>6</sup> Problematisch ist an dieser Verkürzung sicherlich, dass die meisten Studien zum *non-roll-call-position-taking* sich hauptsächlich quantitativer Inhaltsanalysen und automatischer Computerprogramme bedienen, während der Ansatz von Brock et al., auf den in der Arbeit zurückgegriffen wird, hauptsächlich von qualitativen Arbeiten verwendet wird (z.B. bei Hess und Todd 2008). Im Großen und Ganzen aber drehen sich die Forschungsansätze um die *position* eines Abgeordneten, wenngleich diese unterschiedlich beleuchtet wird.

<sup>7</sup> McHugh dazu: „Political Science has hardly touched the actual content of congressional discourse“ (McHugh 2010, 78).

Kongressabgeordneten und ihren Motiven gezeichnet werden (Kalaf-Hughes 2013, 490; Brock et al. 2005, 68).<sup>8</sup> Dem versucht die vorliegende Arbeit zu entsprechen, indem sie sich auf die zentralen Elemente in den Debattenreden fokussiert: rhetorische Strategien und Argumente. Die Forschungsbereiche sind das eine, das andere aber ist die konkrete Abstimmung über den EESA. Beispielsweise verfassten Hanan und Chaput einen Essay, in dem sie die Argumente von Gegnern und Befürwortern des EESA thematisierten und argumentierten, dass die Hauptargumente beider Seiten zur Aufrechterhaltung der neoliberalen Ordnung beitrugen, indem sie die Situation, in der der EESA debattiert wurde, als Ausnahmezustand – in einem sonst reibungslos funktionierenden Wirtschaftssystem – titulierten (Hanan und Chaput 2013, 18). Die Autoren bezogen sich allerdings nicht auf Kongressabgeordnete.<sup>9</sup>

Politische Relevanz gewinnt die Thematik aufgrund der aktuellen Tagespolitik. In seinem neuen Buch „Unstoppable: The Emerging Left-Right Alliance to Dismantle the Corporate State“ fordert Ralph Nader – ehemaliger Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Grünen – eine Art COFEX, um einen gemeinsamen Gegner anzugehen, den er – auf den EESA anspielend – wie folgt beschreibt: „Corporatism [...] involves the merger of giant corporate power with government power, in order to turn government into [...] a guarantor of giant corporate capitalism that becomes too big to fail, we’ve seen that with the big New York banks. [...]“ (Nader 2014)

Brink Lindsey vom libertären Cato-Institute antwortet darauf in einem anderen Radiointerview, dass er diesem Vorschlag generell positiv gegenüber stehe (Lindsey 2014). Er präzisiert allerdings, dass es sich seiner Auffassung nach bei Naders Vorschlag um keine ideologisch begründete kohärente politische Bewegung, sondern um eine „outsider insurgency“ handle, die gegen ein „corrupt and overreaching Washington establishment“ zu Felde ziehe. Anders als die von Hussey untersuchten Fälle würde Naders Vorschlag einen Schritt in Richtung „Institutionalisierung von COFEX“ bedeuten, weil diese ja bisher nur fallweise im Kongress zustande gekommen ist.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im Theorieteil werden die zentralen Begrifflichkeiten, die Analysestrukturen und die theoretischen Erwartungen für den Hauptteil

---

<sup>8</sup> Der Abgeordnete Thaddeus McCotter bringt es in der Debatte um den EESA auf den Punkt: „I rise today not to change anyone’s mind, but to express to my constituents my reasons for opposing this bill.“ (McCotter 2008)

<sup>9</sup> Diese Arbeit ist aus mehreren Gründen interessant, allerdings taugt sie nicht zur Bildung eines theoretischen Ansatzes, wie weiter unten erläutert wird. Ihre wesentlichen Befunde können allerdings im Kontext der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit diskutiert werden.

vorgestellt. Im Anschluss wird ein systematischer Vergleich von ausgewählten Debattenbeiträgen unternommen, dem sich eine Diskussion möglicher Motive der COFEX im Falle des EESA anschließt. Die Arbeit schließt drittens mit einem Fazit und einem Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungen.

## 2. Theoretischer Rahmen

Der theoretische Rahmen der Arbeit gliedert sich nach den zentralen Begriffen der Forschungsfrage. Den Anfang macht die Strukturierung des politischen Raumes hinsichtlich der *Ideologie* und der *Zugehörigkeit zur COFEX*. Hier ergeben sich vier allgemeine politische Positionen. Daran schließt sich eine Beschreibung der rhetorischen Ausgestaltung von Debattenbeiträgen an. Diese sind im Idealfall je nach Position unterschiedlich ausgestaltet, was in vier Hypothesen präzisiert wird.

### 2.1 Die Struktur des politischen Raumes

Die Formulierung der Fragestellung mit Verweis auf *Ideologie* und *Zugehörigkeit zur Koalition der Extreme* legt es nahe, die Untersuchung der Reden entlang dieser Merkmale zu strukturieren. Es soll im Folgenden zunächst auf beide Merkmale eingegangen werden.

#### *Ideologie*

Bei dem Begriff *Ideologie* handelt es sich um einen Begriff mit unterschiedlichen Nuancen. Neben der verächtlichen Fremdbezeichnung von Personen als *Ideologen* (Brock et al. 2005, 39f.) fällt der Begriff allerdings auch immer wieder in dem breit gefächerten wissenschaftlichen Diskurs über politische Einstellungen.<sup>10</sup> Eine diesbezüglich häufig zitierte Arbeit ist „Nature of belief systems in mass publics“ von Converse aus dem Jahre 1964.

Für meine Arbeit relevant ist die von Converse formulierte Definition von *Ideologie* als *belief system*, wobei es sich um eine „configuration of ideas and attitudes, in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence“, handle (Converse 1964, 3). Diese *constraints* erlauben die Prognose von individuellen Standpunkten einer Person zu bestimmten Fragen auf Basis von bereits bekannten Standpunkten dieser Person und verleihen politischem Handeln Kohärenz.<sup>11</sup> Wichtiger aber

---

<sup>10</sup> In der Arbeit von Ellis und Stimson betonen beide Autoren, dass es in den USA zwei unterschiedliche Formen von Ideologie – symbolische und operationale Ideologie – gibt. Der Kerngedanke ist, dass die Nation in konkreten Politikfeldern zwar häufig mehrheitlich liberale Politikentwürfe wünscht, aber in symbolischen Fragen eher konservativ geprägt ist (Ellis und Stimson 2012).

<sup>11</sup> Die Quellen dieser *constraints* sind dabei logischer, psychologischer oder sozialer Natur (Converse 1964, 5). Bestimmte Positionen zu Sachfragen sind mitunter logisch nicht vereinbar – daher können diese Positionen nicht von einer Ideologie vertreten werden.

ist, dass die Anordnung der bereits angesprochenen Elemente als Maßstab (*judgmental yardstick*) für die Beurteilung von Politikern oder Gesetzesvorschlägen dienen kann. Das stellt das Liberal-Konservativ-Kontinuum dar (Converse 1964, 12). Demzufolge soll in der vorliegenden Arbeit unter Ideologie die politische Überzeugung eines Abgeordneten verstanden werden, die sich auf dem Liberal-Konservativ-Kontinuum (Links-Rechts-Schema) verorten lässt. Das Konstrukt ist alltags- und wissenschaftsgebräuchlich.<sup>12</sup>

Wissenschaftlich angewendet wurde das Konstrukt beispielsweise von Poole und Rosenthal. Beide haben in ihrer einschlägigen Studie zu namentlichen Abstimmungen im US-Kongress ein zweidimensionales Raummodell zur quantitativen Beschreibung des Abstimmungsverhaltens im amerikanischen Kongress vorgelegt, das sie auf Abstimmungsdaten bis in die Gründerjahre der USA angewendet haben. Sie argumentieren, dass das Kontinuum zwar keine Prognosen für spezielle Abstimmungen erlaube und Unwägbarkeiten wie weitere Dimensionen nicht ausschließe, dafür aber einen Großteil der Abstimmungen erkläre (Poole und Rosenthal 1997, 5). Jochim und Jones untersuchen die Erklärungskraft der Dimension für verschiedene Politikbereiche. Sie teilen den Befund von Poole und Rosenthal, dass die erste Dimension einen Großteil der Abstimmungen erklären kann, doch schränken sie ein, dass die Parteien nicht immer in der Lage seien, ideologische Koalitionen zu Streitfragen zu bilden (Jochim und Jones 2012, 361). Insbesondere in Streitfragen, in denen große Verteilungsausgaben nach Regionen getätigt werden (*distributive issues*) und beispielsweise gezielt Projekte in bestimmten Kongressbezirken gefördert werden, kommt es oft zu Abstimmungsergebnissen, die dem Links-Rechts-Kontinuum überhaupt nicht entsprechen. Als mögliche Ursachen dafür wird der Einfluss der jeweiligen Wahlkreise und Lobbyinteressen genannt. Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik zeigt sich allerdings eine relativ beständige Eindimensionalität (Jochim und Jones 2012, 356).

Hier lässt sich – durchaus alltagsgebräuchlich – für die einzelnen Positionen auf dem Liberal-Konservativ-Kontinuum feststellen, dass die liberale Seite die Ausweitung der Staatstätigkeit in der Wirtschaft anstrebt, während die konservative dagegen ankämpft. Im Detail zielen beide Enden des ideologischen Kontinuums auf Chancengleichheit (*equality of opportunity*) aller Menschen ab (Ellis und Stimson 2012, 4f.).

Amerikanische Liberale vertreten dabei die Meinung, dass erst durch die Eingriffe der Regierung eine allgemeine Chancengleichheit erreicht werden kann, und befürworten daher

---

<sup>12</sup> Jonathan Haidt kommt in seinem Buch „The righteous mind“ auf die Skala zu sprechen und kritisiert sie umfassend. Es sei einerseits negativ zu bewerten, da sie Vielfalt reduziere und anders als seine Moral-Foundations-Theory nicht mit sechs Dimensionen arbeite. Auf der anderen Seite sei positiv zu bewerten, dass sich die meisten Menschen auf ihr mühelos einordnen könnten, da sie die prinzipielle Achse des „Kulturkriegs“ in Amerika darstelle (Haidt 2012, 322).

eine Umverteilung des Einkommens und eine große staatliche Infrastruktur in vielen Bereichen. Die Marktwirtschaft müsse staatlich reguliert werden, um Missbrauch von Macht durch Großkonzerne zu verhindern. Darüber hinaus sei auch ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Ergebnisgleichheit anzustreben (Ellis und Stimson 2012, 3).

Dagegen pochen Konservative auf die größtmögliche Eigenständigkeit des Individuums in seiner Geborgenheit in der lokalen Gemeinschaft, in der Familie, in den Religionen (Haidt 2012, 191). Konservative bestreiten daher den moralischen Anspruch der Regierung, in die Wirtschaft eingreifen zu müssen, und darüber hinaus auch deren Effektivität in der Lösung von Problemen. Der Konservative ist weniger um die Ergebnisgleichheit besorgt, sondern strebt eine generelle Verbesserung für alle Einkommensgruppen an. Die Chancengleichheit kann für Konservative am besten in einer Marktwirtschaft verwirklicht werden, in der jeder seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen nachgehen kann. Die Regierung soll sich dabei auf die Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Marktmechanismus beschränken, indem sie private Eigentumsrechte durchsetzt. Ferner sollten Freihandel und Marktwirtschaft verbreitet werden (Ellis und Stimson 2012, 6).

Die Wurzeln des heutigen Verständnisses der unterschiedlichen Positionen auf dem Liberal-Konservativ-Kontinuum reichen bis auf die Französische Revolution zurück und orientieren sich mit Haidt an der einfachen Frage „Preserve the present order, or change it?“ (Haidt 2012, 322).<sup>13</sup> Die amerikanischen Begriffe sind jünger. Die heutige Bedeutung von *liberal* im amerikanischen Sinn geht auf den New Deal und Franklin D. Roosevelt zurück, während die Bedeutung des Wortes *konservativ* im amerikanischen Sinne noch jünger ist und durch Barry Goldwater und Ronald Reagan geprägt wurde (Ellis und Stimson 2012, 6f.).

### *Husseys Ansatz zur Koalition der Extreme (COFEX)*

COFEX ist unter unterschiedlichen Begriffen bekannt. Manche verweisen darauf als *ends-against-the-middle-pattern* (Nokken 2003; Jochim und Jones 2012, 356). In einer COFEX-Abstimmung kommt es nicht zur klassischen Frontstellung Liberal-Konservativ, sondern zu einer Aufteilung in ideologisches Zentrum und ideologische Extreme.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Brock et al. schließen sich dem im Wesentlichen an: „Late in the eighteenth century, groups with different views of the world and corresponding political philosophies emerged to define the four major political positions.“ (Brock et al. 2005, 69). Sie unterteilen das ideologische Kontinuum in vier Positionen.

<sup>14</sup> Hussey operationalisiert das, indem er, um die Abgeordneten koalitionsgemäß einzuordnen, auf das angesprochene Raummodell von Poole und Rosenthal rekurriert. Demnach liegt eine COFEX-Abstimmung vor, wenn der Betrag des Wertes der ersten Dimension (X-Achse) im zweidimensionalen Raummodell eine größere Varianz erklären kann als der eigentliche Wert (die Werte reichen nämlich in der Regel von -1 bis +1) und wenn mehr als 10% der Abgeordneten mit Ja bzw. Nein stimmen (Hussey 2007, 25f.).



Es gibt verschiedene Faktoren, die das Auftreten einer COFEX beeinflussen. Hussey nennt hier als Einwirkungsfaktor insbesondere die ideologische Polarisierung zwischen den Parteien, d.h. die Zunahme von Sitzen der jeweiligen Extreme. Dieser Zuwachs lässt ein Eintreten von COFEX wahrscheinlicher werden (Hussey 2007, 39).

Es gibt in der Literatur verschiedene Verweise auf das Phänomen. Nokken stellte 2003 in einer Studie fest, dass es im Rahmen von Abstimmungen zu Handelsbeziehungen zwischen den USA und China zu mehreren *ends-against-the-middle-pattern* kam (Nokken 2003, 153). Im Detail kommt er nach Betrachtung der Abstimmungsdaten zu dem Ergebnis, dass sich in den jährlichen Routineabstimmungen über die Verlängerung des bisherigen Status in den Handelsbeziehungen mit China eine COFEX beobachten ließ, dass sich aber in der Abstimmung über den permanenten Status das Muster abschwächte. Er schließt aus diesem konkreten Fall, dass die Art der Abstimmung eine Aussage über das Auftreten der COFEX zulässt: *policy-votes* (Abstimmungen mit deutlichen politischen Konsequenzen) seien von *position-taking-votes* (Abstimmungen mit weniger bedeutsamen Konsequenzen, d.h. Routineabstimmungen) zu unterscheiden. Während bei ersteren ein Abweichen von der Parteilinie wesentlich schwerwiegendere Konsequenzen habe, sei für letztere aufgrund des routinemäßigen Charakters mit einer gewissen Grundzustimmung zu rechnen, die Abweichungen von der Parteilinie erlaube. Demzufolge vermutet Nokken, dass bei dieser Kategorie die Chance genutzt wird, sich vor der Bevölkerung als unabhängig darzustellen, während bei ersterer die Ernsthaftigkeit für die konkrete Politik überwiegt.<sup>15</sup>

Dieses Profilierungsmotiv von Abgeordneten findet sich anders hergeleitet auch bei Hussey, der von *hyper-ideological-position-taking* spricht. Er bietet dazu noch einen Katalog von COFEX-Kategorien an, klassifiziert nach den unterschiedlichen Motiven der beteiligten Abgeordneten (Hussey 2007, 12f.):

- Multidimensionalität (*multidimensionality*): Je nach liberalem oder konservativem Flügel der COFEX werden unterschiedliche Aspekte einer Gesetzesvorlage für deren Bewertung herangezogen. Im Ergebnis stimmen die Extreme aber identisch ab.
- Extreme gegen die Fraktionsführung (*extremes vs. leadership*): Beide Extreme lehnen den jeweils als zu moderat empfundenen Kompromiss der Fraktionsführungen beider Parteien ab (Hussey 2007, 52).

---

<sup>15</sup> Nokken macht das daran fest, dass es in der Reihe der Routineabstimmungen über den Handelsstatus von China zu drastischen Koalitionswechseln von Abgeordneten über die Jahre gekommen sei. Demzufolge sei anzunehmen, dass die prozedurale Komponente – also der Routinecharakter der Abstimmungen – maßgeblich gewesen sei und nicht etwa echte politische Umschwünge, da Studien ansonsten eine relative „Stabilität“ des Abstimmungsverhaltens belegen würden (Nokken 2003, 165).

- Geteilte Überzeugungen (*shared preferences*): Beide Extreme haben zu einer Sachfrage die gleiche inhaltliche Überzeugung. Das trifft beispielsweise auf den Bereich der Bürgerrechte zu (Hussey 2007, 15).
- Strategisches Abstimmungsverhalten (*strategic voting*): Das eine Extrem stimmt ernsthaft ab, das andere Extrem versucht durch sein Abstimmungsverhalten auf Umwegen seinen Willen durchzusetzen, indem beispielsweise ein für eine Mehrheit unannehmbarer Zusatz an ein Gesetz (*killer-amendment*) angehängt wird. Man hat es dann mit unterschiedlichen Vorstellungen der Parteien über den Sinn und Zweck der Abstimmung zu tun (Hussey 2007, 51).

Diese fünf Motive (inklusive des Profilierungsmotivs von Nokken) sind zwar nicht unbedingt trennscharf<sup>16</sup>, aber sie eröffnen Möglichkeiten, im Analyseteil der Arbeit auch die Motive von Abgeordneten für die Teilnahme an der COFEX zu diskutieren.

#### *Strukturierung des politischen Raumes in der Arbeit*

Auf Basis der genannten Merkmale *Ideologie* und *Zugehörigkeit zur Koalition der Extreme* lässt sich ein Viererschema bilden, das dem Modell von Brock et al. der politischen Positionen entspricht, weswegen hier die entsprechenden Begriffe eingeführt werden.

In Anlehnung an Brock et al. sind die Positionen als Reaktion auf eine Maßnahme (z.B. den EESA) und deren Richtung<sup>17</sup> zu interpretieren (Brock et al. 2005, 75): Der Radikale begrüßt die Richtung, aber lehnt eine Maßnahme ab. Der Reaktionär lehnt die Richtung ab und daher auch die Maßnahme. Der Liberale begrüßt die Richtung und befürwortet daher eine Maßnahme. Der Konservative lehnt die Richtung ab, befürwortet aber die Maßnahme. Allein aus diesen unterschiedlichen Haltungen zu Richtung und Maßnahme ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Herausforderungen für die jeweiligen Redner. Wie begründet beispielsweise der Konservative seine scheinbar widersprüchliche Zustimmung, da er doch die Richtung ablehnt?

	<b>Teil der COFEX</b>	<b>Nicht Teil der COFEX</b>
<b>Liberal (Demokrat)</b>	Radikaler	Liberaler
<b>Konservativ (Republikaner)</b>	Reaktionär	Konservativer

<sup>16</sup> Wenn die Extreme beispielsweise *hyper-ideological-position taking* betreiben, dann ist das mitunter auch eine Art von Profilierung. Die Grenzen sind hier fließend.

<sup>17</sup> Im konkreten Fall ist die Richtung die Tatsache, dass der Staat eingreifend in die Wirtschaft tätig wird.

## 2.2 Position-taking

Position zu beziehen kann als „public enunciation of a judgmental statement on anything likely to be of interest to political actors“ (Mayhew 1974, 61) verstanden werden. *Position-taking* ist neben *credit-claiming* und *advertising* eine von drei Aktivitäten, die der Kongressabgeordnete betreibt, um seine Wiederwahl zu sichern (Mayhew 1974, 52). In der Untersuchung interessieren bei den Beiträgen keine Formen des *advertising* oder des *credit claiming*. *Position-taking* dient natürlich auch der Durchsetzung guter Politik (Kalaf-Hughes 2013, 490), wiewohl das nicht das Hauptgeschäft des Kongressabgeordneten ist, denn „the position itself is the political commodity“ (Mayhew 1974, 62).

Man unterscheidet verschiedene Typen des *position-taking*: Der Abgeordnete kann Medien gegenüber Interviews geben und Gesetzesentwürfe gemeinsam mit Kollegen einbringen (Highton und Rocca 2005, 303f.). Er kann aber auch Unterstützung für andere Gesetzesentwürfe verkünden und eine Position in einer namentlichen Abstimmung einnehmen (*roll-call-vote*). Grob gesprochen gibt es also *roll-call-position-taking* und *non-roll-call-position-taking*. Bei beiden Formen hat der jeweilige Wahlkreis, beispielsweise dessen religiöse oder ideologische Zusammensetzung, Einfluss auf die jeweilige Position eines Abgeordneten (Highton und Rocca 2005, 310).

Die Teilnahme an *roll-call-position-taking* ist verpflichtend (Highton und Rocca 2005, 303) und der Einfluss der Partei auf den Abgeordneten ist größer, da aus *roll-calls* in der Regel unmittelbar Politikergebnisse hervorgehen<sup>18</sup>, aus Zeitungskolumnen eher selten. Da laut Highton und Rocca die Parteien ein Interesse daran haben, die Umsetzung von Politik zu bestimmen, üben sie im Vorfeld vor allem Druck auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten aus. So fanden die beiden Forscher heraus, dass die Differenz zwischen Demokraten und Republikanern in der Abtreibungsfrage in den *roll-calls* mehr als doppelt so groß war, wie aus den Debattenbeiträgen ersichtlich gewesen wäre (Highton und Rocca 2005, 311).

Beim *non-roll-call-position-taking* ist die Beteiligung der Abgeordneten freiwillig. Ein weiterer Unterschied zum *roll-call-position-taking* besteht darin, dass in einer Gesetzesdebatte nicht jeder Abgeordnete zu Wort kommt, weil Plenarzeit rar ist.<sup>19</sup> Nach Proksch und Slapin sind Gesetzesdebatten Ergebnis strategischer Überlegungen und spiegeln Kompromisse zwischen Fraktionsführung und Hinterbänklern wider (Proksch und Slapin

---

<sup>18</sup> Auf Ausnahmen kommt Nokken zu sprechen (Nokken 2003). Später wird darauf noch einmal rekuriert.

<sup>19</sup> Es gibt allerdings auch Möglichkeiten, seine Gedanken – die man vielleicht äußern wollte, aber nicht konnte – in die *extension of remarks* setzen zu lassen. Viele Abgeordnete machen davon Gebrauch, weshalb diese Form des „Debattenbeitrags“ auch mit in die Untersuchung einfließt.

2012, 522). In Verhältnisdemokratien wie Deutschland ist der Anreiz groß, abweichende Redner nicht sprechen zu lassen, um das für die Wahlen relevante Parteilabel nicht zu beschädigen. In den USA ist der Anreiz geringer, weil eine einheitliche Parteilinie auf Bundesebene oft nicht relevant ist für die Wahlen in den Kongressbezirken; das heißt allerdings nicht, dass kein Einfluss der Fraktionsführung auf die Rednerliste zu erwarten ist.

In den Debatten können Abgeordnete sich der Öffentlichkeit erklären. Das ist insbesondere für Repräsentanten der Minderheit im Haus interessant, weil diese sich auf namentliche Abstimmungen als Mittel des *position-taking* alleine nicht verlassen können (Rocca 2007, 491).<sup>20</sup> Im *non-roll-call-position-taking* eröffnet sich dem Abgeordneten die Chance, seine Position nuanciert vorzutragen (Kalaf-Hughes 2013, 490). Wir befinden uns auf dem Feld der politischen Rhetorik. Die mit ihr verwandte umfangreiche Forschung umfasst kognitionspsychologische Ansätze, die auf Basis von Rhetorik Aussagen über ideologische Kognitionen treffen wollen (z.B. Tetlock 1981), aber auch deskriptive Arbeiten, die sich mit der Wortwahl, der Argumentation und der Komplexität von Reden beschäftigen (z. B. Sigelman, Deering und Loomis 2001).<sup>21</sup>

### 2.3 Das *rounded statement about motives*

Das für das *position-taking* integrale *judgmental statement* (Mayhew 1974) kann bei Debattenbeiträgen idealerweise als *rounded statement about motives* (logisch durchdachte Darlegung von Beweggründen) verstanden werden, in dem ein politischer Handlungsvorschlag mit seinem ideologischen Unterbau verbunden wird (Brock et al. 2005, 81). Laut Brock et al. handelt es sich dabei um eine ideale Form politischer Kommunikation, denn: „In a well-functioning democracy, ideology provides the deeper sense of orientation around which political coalitions form and from which a consistency of political action is built.“ (Brock et al. 2005, 104)<sup>22</sup> Das Idealbild lässt sich für die vorliegende Arbeit insofern als Raster begründen, als man es mit einer besonders intensiven Debatte und einer besonders dramatischen Situation für die USA zu tun hatte und daher hinsichtlich des Einsatzes rhetorischer Qualitäten durch Kongressabgeordnete nur angemerkt werden kann: Wenn nicht jetzt, wann dann?

---

<sup>20</sup> Rocca und Gordon ergänzen diese Öffentlichkeitswirkung des *non-roll-call-position-taking* um eine weitere Funktion. Laut ihrer Studie von 2010 konnte ein Zusammenhang zwischen den Gesetzesbefürwortungen (*bill-sponsorship*) von Demokraten im Repräsentantenhaus und Spenden von Interessengruppen (z.B. Gewerkschaften) ausgemacht werden (Rocca und Gordon 2010). Demnach verfügt diese Form des *position-taking* – worunter auch Debattenbeiträge fallen – über eine Art Orientierungs- und Signalfunktion im Kongress.

<sup>21</sup> Von Interesse sind auch Arbeiten, die auf die Konsequenzen von Abstimmungsrechtfertigungen zu sprechen kommen. Hier zeigt sich mitunter, dass Rechtfertigungen für das Standing eines Abgeordneten im Wahlkreis kontraproduktiv sein können (vgl. Peterson und Simonovits 2014).

<sup>22</sup> Da es sich dabei um eine Idealform handelt, wird sie in der Praxis häufig nicht erfüllt, was die Autoren auch zugestehen (Brock et al. 2005, 105).

In der Einleitung wurde bereits erwähnt, dass Chaput und Hanan in ihrem Essay zur Debatte über den EESA die zentralen Argumente auf Seiten der Befürworter und Gegner dieser Maßnahme gegenüberstellen und argumentieren, dass die Gegner – indem sie wie die Befürworter einen Ausnahmezustand in einem ansonsten reibungslos funktionierenden Kapitalismus rhetorisch beschworen – eine grundsätzlichere Debatte über das System verhinderten (Hanan und Chaput 2013, 31). Eine stärkere Orientierung an dieser Arbeit erscheint sinnvoll, allerdings legen Chaput und Hanan bei ihrer Beschreibung nur Wert auf eine bestimmte Position der Kritiker, die sie als keynesianische Antwort bezeichnen.<sup>23</sup> Sie thematisieren nicht die Friktionen in dem Lager der Gegner des EESA. Weil nicht alle vier Positionen des politischen Raums bei ihnen angesprochen werden, kann deren Arbeit nicht als theoretischer Rahmen für diese Arbeit verwendet werden; allerdings lassen sich die Befunde der vorliegenden Arbeit mit Hanan und Chaput zum Teil vergleichen.

Parlamentarische Debattenbeiträge beschränken sich selten auf das *rounded statement about motives* oder werden ihm überhaupt gerecht. Oft werden darin Verweise auf die komplizierten parlamentarischen Arbeitsweisen gegeben (Klein 2003, 316). Der Debattenbeitrag ist unter dem Druck der Verantwortlichkeit gegenüber dem Wähler entstanden. Diese „Abhängigkeit politischer Entscheidungen von der Zustimmungsbereitschaft anderer hat auf allen Ebenen der Politik eine Präferenz für Persuasivität zur Folge.“ (Klein 2009, 2113). Daher werden in der Gestaltung der Reden oft knappe Thesen und klar formulierte Argumente verwendet (Klein 2009, 2124).<sup>24</sup>

Ein *rounded statement about motives* enthält bestimmte Elemente, die im Folgenden genannt werden.<sup>25</sup> Ziel des Statements ist die Identifikation von Menschen mit Politik, kurz: Legitimität (Brock et al. 2005, 82).<sup>26</sup> Das Statement besteht laut Brock et al. zum einen aus der interpretierenden Definition der Situation und zum anderen aus dem darauf aufbauenden *dramatistic process* (Brock 2005, 90), in welchem die rhetorische Begründung politischen Handelns erreicht werden soll. Für die Analyse im Hauptteil soll der Ansatz von Brock et al. leicht modifiziert werden, indem beide Teile miteinander kombiniert werden.

---

<sup>23</sup> In Anlehnung an den Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes. Diese spezielle Position der Kritiker fordert ein verstärktes Eingreifen des Staates, um auf die Krise zu reagieren. Staatliche Mittel sollen so eingesetzt werden, dass Beschäftigung gesichert und insbesondere Kaufkraft im Land, d.h. gesamtgesellschaftliche Nachfrage, gestärkt wird.

<sup>24</sup> An anderer Stelle verwendet Klein den Begriff des „unfairen Argumentierens“ (Klein 2003, 316).

<sup>25</sup> Die vorliegende Arbeit folgt bei der Beschreibung der Debattenbeiträge grob dem Ansatz von Brock et al. Der Hauptteil würde ausufern, wenn man Kleins „universellem topischen“ Muster (Klein 2009, 2115) hier folgen würde. Es müssten hier mehr als acht Topoi abgefragt werden und scheinbar zusammenhangslos aneinandergereiht werden. Bei Brock et al. folgt der Ansatz einer inneren Logik, die einzelne Elemente des Debattenbeitrags miteinander verbindet und davon ausgehend auch Bezüge zu politischen Positionen herstellt.

<sup>26</sup> Damit ist Brocks Ansatz verwendbar, weil ja Dreh- und Angelpunkt von Parlamentsdebatten die Diskussion um die Legitimität bzw. Illegitimität politischen Handelns ist (Klein 2009, 2123).

### *Die rhetorische Begründung politischen Handelns*

Zur Beschreibung der rhetorischen Begründung politischen Handelns kann als Rahmenwerk der *dramatistic process* nach Brock et al. verwendet werden (Brock et al. 2005, 90f.).<sup>27</sup> Das grobe Schema für die Arbeit beinhaltet drei Teile:

- (1) die Angabe der bestehenden Unordnung (*disorder*). Hier wird der erste Teil der Situationsdefinition vorgenommen: die Beschreibung der Krise.
- (2) die Nennung einer Ursache für die Unordnung (*guilt, responsibility*): Hier wird der zweite Teil der Situationsdefinition vorgenommen, indem eine Ursache der Unordnung genannt wird.
- (3) der Hinweis auf die Handlung, die als Antwort auf die Unordnung gegeben werden soll (*purification, action*): Hier wird ein Lösungsvorschlag dargelegt, der die *disorder* adressieren und die Ursache ausräumen soll.<sup>28</sup>

Bei der Formulierung eines jeden Schrittes wird in der Regel ein Fünferschema (*pentad*) angewendet, das auf den Literaturkritiker Kenneth Burke zurückgeht (Brock et al. 2005, 83). Für Idiosynkrasien der politischen Positionen sind insbesondere die letzten vier Elemente von Bedeutung.

- *Act* – Mit diesem Begriff wird genannt, was stattfindet – kurz: die Handlung, im Falle der vorliegenden Arbeit also die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft der USA, auf die reagiert werden soll.
- *Scene* – Damit wird der Hintergrund skizziert, vor dem sich eine Handlung ereignet. Beispielsweise werden im Falle des EESA bestimmte Entwicklungen genannt, die parallel oder im Vorfeld der Krise stattgefunden haben (z.B. Arbeitslosenzahlen oder längerfristige Trends auf bestimmten Märkten).
- *Agent* – Mit diesem Term werden die Personen genannt, die die Handlung gestaltet haben, im Falle des EESA also beispielsweise Finanzmanager an der Wall Street, die

---

<sup>27</sup> Der *dramatistic process* beinhaltet bei Brock et al. insgesamt fünf Schritte. Allerdings kann für diese Arbeit auf diese verkürzte Form zurückgegriffen werden, weil die von ihnen zusätzlich vorgesehenen Schritte *redemption* und *order* im Falle des EESA eindeutig sind und sich auf folgende Schlagworte beschränken lassen: Wirtschaftlicher Wohlstand, keine Krise und Wachstum.

<sup>28</sup> Im rhetorischen Beitrag folgt meist nicht ein Schritt auf den anderen. Vielmehr sind die Momente zu einem einzigen „rhetorischen Komplex“ (Brock et al. 2005, 90) verwoben. Die aufgezeigte Reihenfolge soll im empirischen Teil die Zusammenfassungen der Reden strukturieren.

von bestimmten Leuten für die Krise verantwortlich gemacht wurden, oder aber auch Hausbesitzer, die sich Hypotheken eigentlich nicht leisten konnten.

- *Agency/structure* – Damit wird genannt, welche Instrumente verwendet wurden, um die Handlung zu gestalten bzw. zu ermöglichen. Im Falle des EESA also könnte damit die Ausgestaltung des Geldsystems oder aber auch die laxer Regulierung der Finanzmärkte gemeint sein.
- *Purpose/Principle* – Damit wird der Zweck oder tiefere Grund bezeichnet, weshalb eine Handlung erfolgt ist. Im Falle der Krise, auf die der EESA reagieren soll, könnte beispielsweise die gesamtgesellschaftliche Abkehr von bestimmten Vorsätzen als Grund infrage kommen (z.B. das Gebot, nicht über seine Verhältnisse zu leben).

Je nach politischer Position (Reaktionär, Radikaler etc.) wird ein anderes Element im Schema betont und zum Ausgangspunkt einer Argumentation gemacht (Brock et al. 2005, 85) – es werden allerdings alle Elemente verwendet. Ein Beispiel soll das illustrieren: Es gibt Personen, die den Hergang eines Verbrechens mit den gesellschaftlichen Umständen nachzeichnen würden (Betonung der *scene*), andere würden die Geschichte des Verbrechens als Geschichte des moralisch verkommenen Täters erzählen (Betonung von *agent/principle*). Wieder andere würden die Waffe in den Vordergrund rücken (Betonung der *agency*). Brock et al. merken an, dass die Menschen nicht die Lösung eines Problems nach dem Problem auswählen, sondern das Problem so formulieren, dass der eigene Gedanke dazu als Lösung erscheint (vgl. Brock et al. 2005, 91). Auf Basis dieser unterschiedlichen Beschreibungen derselben Handlung würden auch unterschiedliche Lösungsvorschläge (*purification*) vorgeschlagen werden. Fasst jemand beispielsweise die Tat als die eines moralisch verkommenen Täters auf, so lässt sich logisch daraus nicht folgern, dass mit einer Anpassung der gesellschaftlichen Umstände das Verbrechen optimal adressiert wird, denn die Ursache (*principle/agent*) – mit anderen Worten: der schlimme Charakter der Person – würde ja damit nicht angegangen werden.

#### 2.4 Die rhetorischen Strategien und Argumente nach politischer Position

Für jede der vier Positionen kann auf Basis der Ausführungen zum *rounded statement about motives* eine jeweils charakteristische Ausgestaltung angegeben werden. Daneben gibt es noch Gemeinsamkeiten nach *Ideologie* und *Zugehörigkeit zur COFEX*, die hier getrennt davon angesprochen werden, um einen klareren Überblick über unterschiedliche Merkmalsebenen zu bekommen: Es gibt Merkmale, die für jede der vier Positionen

unterschiedlich sind, die nach *Ideologie* jeweils für zwei Positionen ähnlich sind (für rechts bzw. links), und es gibt Merkmale, die nach COFEX jeweils zwei Positionen gemeinsam sind.

#### *Das rounded statement about motives für jede der vier Positionen*

Das bereits angesprochene Schema für das *rounded statement about motives* ist je nach Position unterschiedlich gestaltet.<sup>29</sup>

- Der Reaktionär orientiert sich in seiner Situationsdefinition am *principle* und setzt dazu alle anderen Elemente des *pentad* in Beziehung. Die von ihm angebotene *purification* ist die Rückkehr zu bisherigen Prinzipien, weil diese durch die aktuelle Politik verletzt wurden. Beispielsweise würde ein Reaktionär argumentieren, dass der Verlust der Tugend der Sparsamkeit in einem Land dazu geführt habe, dass dessen Wirtschaft nun vor dem Kollaps stehe.
- Der Konservative argumentiert auf Basis des *agent* und setzt die übrigen Elemente dazu in Beziehung. Verantwortung für die Unordnung tragen einzelne Individuen, weshalb der Konservative auch deren Bestrafung fordert. Daher werden als *purification* Gesetze vorgeschlagen, die bestimmte Handlungen bestrafen.
- Der Liberale betont die *scene*, also die Hintergründe eines Ereignisses, und beschreibt daher ausgiebig anhand von Beispielen und Statistiken die Lage. Unordnung bedeutet hier eine fehlende Entsprechung von Institutionen und neuen Umständen. Dementsprechend müssten Institutionen so angepasst werden, dass sie mit dem Wandel Schritt halten.
- Der Radikale orientiert sich bei der Beschreibung der Situation an der *agency* – also der Struktur einer Situation – und möchte davon ausgehend weitgehende Veränderungen durchsetzen, die zum Teil die Grundlagen der Gesellschaft betreffen. Damit könnten die Probleme gelöst werden.

#### *Gestalterische Gemeinsamkeiten nach der Ideologie*

Neben den bereits erwähnten inhaltlichen bzw. ideologischen Gemeinsamkeiten von Liberal bzw. Konservativ – genannt sei hier die Streitfrage der Rolle des Staates bei der Gewährleistung von Chancengleichheit und Ergebnisgleichheit – gibt es im Modell von Brock et al. (auf der jeweiligen Seite des politischen Spektrums) formale Gemeinsamkeiten in der Beschreibung der Welt.

---

<sup>29</sup> Die folgenden Ausführungen zur Situationsdefinition orientieren sich stark an Brock et al. (Brock et al. 2005, 84ff.). Die Passagen zur Begründung politischen Handelns folgen Brock et al. auf den Seiten 90f..



Vertreter der politischen Linken beschreiben die Welt generell eher mittels empirischer Fakten und ziehen daraus induktive Schlüsse über politisches Handeln. Politische Fragen sind bei ihnen *questions of fact* (Brock et al. 2005, 99). Die politische Rechte beschreibt die Welt eher mittels geschichtlich überlieferter und damit „unveränderbarer“ Prinzipien und zieht auf Basis davon deduktive Schlüsse über politisches Handeln. Politische Streitfragen werden hier als *questions of value* aufgefasst (Brock et al. 2005, 101).

Studien zur politischen Rede in Kongressdebatten konnten oft gestalterische Übereinstimmungen nach Ideologie nachweisen. Eine Forschergruppe um Diermeier fand in einer quantitativen Inhaltsanalyse heraus, dass konservative Senatoren eher zu moralisch aufgeladenen Begriffen greifen als liberale Senatoren (Diermeier et al. 2011, 51). Überdies zeigte sich in dieser Studie in wirtschaftlichen Fragen eine nach Parteizugehörigkeit unterschiedliche Wortwahl. So fand sich das Substantiv „tax“ auf beiden ideologischen Seiten, während das Verb „to tax“ oder „taxing“ hauptsächlich von Konservativen verwendet wurde (Diermeier et al. 2011, 48). Bei seiner Untersuchung von Symbolen in der Politik konnte McHugh anhand der stark polarisierenden Debatte über die Erbschaftsteuer in den USA (von den Republikanern als *death-tax* bezeichnet) zeigen, dass Positionen zu Politikfragen mit bestimmten Symbolen verbunden sind, was dazu führte, dass auf Basis der Debattenreden die Abstimmung besser erklärt werden konnte als mit dem Raummodell von Poole und Rosenthal (McHugh 2010, 89).

### *Gestalterische Gemeinsamkeiten nach der Zugehörigkeit zur COFEX*

Hinsichtlich ihrer Betrachtung der Welt unterscheiden sich die Extreme vom Zentrum. Die politische Mitte – also im Schema von oben die Positionen Konservativ und Liberal – sieht die Welt eher als komplex an. Nach dieser Auffassung beeinflussen unterschiedliche Faktoren unterschiedliche Ereignisse. Dementsprechend werden Probleme hier als getrennt voneinander behandelbar angesehen. Dies erlaubt es, vorsichtige Lösungen (*fine-tuning*) anzustreben, die die bisherige Struktur auf einem Politikfeld intakt lassen (Brock et al. 2005, 102).

Die politischen Extreme fassen die Welt dagegen anders auf: Hier beeinflusst mitunter ein einzelner Faktor mehrere Probleme und Fragen. Dementsprechend wird hier nicht davon ausgegangen, dass Probleme getrennt voneinander behandelbar sind. Vielmehr müssten umfangreiche Lösungen erarbeitet werden, die die bisherige Struktur der Situation deutlich verändern würden (Brock et al. 2005, 103).

Es gibt eine Reihe von Arbeiten zu *position-taking* und Parlamentsdebatten, die auf die ideologische Extremität zu sprechen kommen und die Modellannahmen von Brock et al. stützen. Studien zu Rhetorik und Sprachverwendung von politischen Positionen wurden von Peter Suedfeld in einem Überblicksartikel aufgearbeitet und legen beispielsweise eine höhere „integrative Komplexität“ der Kommunikation von Personen der linken Mitte und einen parabelförmigen Zusammenhang zwischen dieser Variable und dem charakteristischen Links-Rechts-Schema nahe (Suedfeld 2010, 1685f.).<sup>30</sup> Die COFEX schneidet demzufolge hier eher schlecht ab. Ferner gibt es Unterschiede in der Komplexität von Statements nach Status: Einflussreiche Personen mit großer Verantwortung – d.h. in der Regel nicht die Mitglieder einer COFEX – tendieren zu komplexeren Statements als Hinterbänkler oder Angehörige einer Minderheit (Suedfeld 2010, 1687). In Krisenzeiten allerdings nimmt auch für diese Gruppe die Komplexität der Statements ab (Suedfeld 2010, 1694). McHugh vergleicht in seiner oben zitierten Untersuchung auch die Wortwahl von Abgeordneten nach Zugehörigkeit zur COFEX, indem er die bereits angesprochene COFEX-Debatte um den *Normal-Trade-Relations*-Status für China untersucht. Es zeigte sich hier auf Basis derselben Methode, dass die Wahl von Symbolen auch hier das Abstimmungsverhalten sehr gut erklärte und dabei Unterschiede nach der Extremität von Abgeordneten zu beobachten waren (McHugh 2010, 90).<sup>31</sup> Hinsichtlich des *position-taking* konnte Rocca zeigen, dass extreme Abgeordnete mehr als zwanzigmal so viele 1-Minuten-Reden hielten als zentristische (Rocca 2007, 500).

Auf Basis der genannten, umrissenen Unterschiede in Strategie und Argumenten können für die vorliegende Arbeit vier pointierte Hypothesen formuliert werden:

*H1: Es lassen sich Unterschiede in den rhetorischen Strategien und in den Argumenten je nach politischer Position auch für die Debatte um den EESA erkennen.*

*H2: Ferner sind Gemeinsamkeiten in der Strategie und in den Argumenten je nach Ideologie (Links-Rechts) für die Debatte um den EESA festzustellen.*

*H3: Außerdem lassen sich Gemeinsamkeiten in der Strategie und in den Argumenten je nach Koalitionszugehörigkeit (Zentrum-COFEX) für die Debattenbeiträge um den EESA erkennen.*

---

<sup>30</sup> Rhetorik und Sprachverwendung werden in diesen Studien immer dazu verwendet, um Inferenzschlüsse über die kognitiven Grundlagen von bestimmten Ideologien oder politischen Positionen zu ziehen. Das ist das eigentliche Erkenntnisinteresse. Allerdings verwenden sie dafür oft Inhaltsanalysen von politischen Texten bzw. politischer Rhetorik. Daher kann trotz anderem Erkenntnisinteresse als in der vorliegenden Arbeit hier auf diese Studien verwiesen werden.

<sup>31</sup> McHugh begründet die beiden Befunde mit der allmählichen Gewöhnung der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter an spezielle Formeln und Floskeln, die sie als besonders geeignet für die Verteidigung einer Position erachten. (McHugh 2010, 107).

Demzufolge lässt sich auch vermuten, dass sich die rhetorischen Strategien und Argumente der einzelnen Abgeordneten nach Wechsel der Koalition verändern, daher kann behauptet werden:

*H4: Wechselt ein Abgeordneter von einer Koalition zur anderen, dann verändern sich seine rhetorischen Strategien und Argumente.*

### 3. Vergleich der *rounded statements about motives*

Im Hauptteil wird die Forschungsfrage beantwortet. Hierzu bedarf es eines Vergleichs der rhetorischen Strategien und Argumente. Zunächst sollen Konzept und Methode des Vergleichs dargestellt werden. Anschließend folgt ein kurzer Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen, die zur Krise führten, sowie über die im Repräsentantenhaus diskutierten Gesetzesvorlagen. Dieser Darstellung des Hintergrunds schließt sich die Überprüfung der ersten drei Hypothesen an. Die vierte Hypothese wird gesondert überprüft. Anschließend werden in einer ausführlichen Diskussion noch einmal wesentliche Befunde im breiteren Kontext der Motivlagen hinter COFEX diskutiert.

#### 3.1 Konzept und Methode

Die Strukturierung des politischen Raumes wird in der Arbeit wie folgt operationalisiert: Stimmt ein Abgeordneter gegen das Rettungspaket, so gehört er zur COFEX, stimmt er dafür, so gehört er nicht dazu. Die Operationalisierung der *Ideologie* hängt von der Parteizugehörigkeit des Abgeordneten zum Zeitpunkt der Abstimmung ab: Entweder handelt es sich um einen Demokraten oder um einen Republikaner. Ist der Abgeordnete Demokrat, dann wird er als Liberaler eingestuft, wenn er nicht der Koalition der Extreme angehört, ist er Republikaner und gehört der COFEX an, dann wird er als Reaktionär eingestuft. Die anderen Positionen ergeben sich dementsprechend.

In der vorliegenden Arbeit werden verschiedene inhaltliche Merkmale der Debattenbeiträge untersucht. Bei der Analyse soll überprüft werden, inwieweit dem Schema des *rounded statement about motives* Rechnung getragen wird.

Da die beiden Debatten über den EESA untersucht werden, bilden alle Debattenbeiträge **zum EESA** von Kongressabgeordneten, die an **beiden** Tagen zu **diesem Tagesordnungspunkt** im Sitzungsprotokoll vermerkt wurden, die Grundgesamtheit der Untersuchung. Eingeschlossen sind dabei auch die *extensions of remarks*, in denen Abgeordnete, die nicht vor dem Plenum geredet haben, ihre Gedanken vermerken oder

Redner diese überarbeiten und vertiefen können. Da eine Vollerhebung aufgrund der großen Zahl der Redner nicht durchzuführen ist, müssen idealtypische Fälle ausgewählt werden.

Die Fallauswahl erfolgt nach einem bestimmten System. Zur Prüfung der ersten drei Hypothesen soll der Struktur des politischen Raumes entsprochen werden, indem die jeweils konservativsten bzw. liberalsten Abgeordneten der Positionen (Reaktionär, Konservativ etc.) ausgewählt werden. Eine gängige Methode zur Einordnung von Politikern auf dem Liberal-Konservativ-Schema ist die erste Dimension im Modell von Poole und Rosenthal. Je kleiner der Wert, desto liberaler, je größer der Wert, desto konservativer ist ein Abgeordneter. Auf Basis dieser Werte für den 110. Kongress (siehe Anhang 7.1) wurden als positionstypische Redner ausgewählt:

- Als Reaktionär wurde der konservativste Republikaner, der gegen den EESA gestimmt hat, ausgewählt. Es handelt sich hierbei um Ron Paul.
- Als Konservativer wurde der konservativste Republikaner, der dafür gestimmt hat, ausgewählt. Es handelt sich dabei um Paul Ryan.
- Als Liberaler wurde der liberalste Demokrat, der für den EESA gestimmt hat, ausgewählt: Maxine Waters.
- Stellvertretend für die Gruppe der Radikalen wurde der liberalste Demokrat, der gegen den EESA gestimmt hat, ausgewählt: Pete Stark.

Für die Prüfung der letzten Hypothese wurde die Auswahl anhand einer einfachen Regel getroffen: Alle Abgeordneten, die ihre Meinung zum EESA von Ablehnung in Zustimmung verändert haben und zugleich an beiden Abstimmungstagen (also am 29.9 und am 3.10. 2008) vor dem Plenum gesprochen haben oder aber in den *extensions of remarks* vermerkt worden sind, kamen für die Untersuchung infrage. Es handelt sich dabei um insgesamt sieben Abgeordnete.

Auf demokratischer Seite sind dies Barbara Lee, Carolyn Kilpatrick und Sheila Jackson-Lee. Die republikanische Seite ist hier mit Gresham Barrett, Jim Ramstad, Judy Biggert und Mac Thornberry vertreten. Aus diesen wurden – nach dem Wert auf der ersten Dimension im Raummodell von Poole und Rosenthal – die jeweils extremsten (liberalsten/konservativsten) Abgeordneten für die Untersuchung ausgewählt. Auf demokratischer Seite wird Barbara Lee untersucht, stellvertretend für die Republikaner Gresham Barrett.<sup>32</sup>

---

<sup>32</sup> Für die beiden Auswahlverfahren sind die Werte der Abgeordneten auf der ersten Dimension im Modell von Poole und Rosenthal im Anhang 7.1 vermerkt.

Grundlage der Analyse der Beiträge bilden die *Congressional Records*, in denen das Plenargeschehen an jedem Sitzungstag nach Parlamentskammer protokolliert wird. Diese Sitzungsprotokolle sind im Internet frei verfügbar.<sup>33</sup> Im Literaturverzeichnis wurden die im Plenarprotokoll jeweils relevanten Stellen (d.h. die Redebeiträge der ausgewählten Abgeordneten) nach dem Namen vermerkt und nach Debatte getrennt aufgeführt.

### 3.2 Hintergrund und Inhalt des EESA

Die Ursachen der Wirtschaftskrise der späten 2000er Jahre wurden von Reinhart und Rogoff in ihrer einschlägigen, quantitativen Aufarbeitung der Geschichte der Finanzkrisen angesprochen. Auch dieses Mal hätten viele vorausgesagt, dass Krisen auf Jahre überwunden wären. Es gab allerdings laut beiden Wissenschaftlern diverse Vorzeichen wie einen starken Preisanstieg auf dem amerikanischen Häusermarkt, ein rückläufiges Wirtschaftswachstum und einen Anstieg der privaten Verschuldung (Reinhart und Rogoff 2009, 200). Insbesondere die Blase auf dem amerikanischen Häusermarkt sei als Ursache für die Krise zu nennen. Es habe einen massiven Zufluss von ausländischem Kapital in die amerikanische Wirtschaft, sowie ein rekordverdächtiges Außenhandelsdefizit gegeben. Verbunden mit einer nachlässigen Regulierungspolitik wurden die Konsequenzen verschärft (Reinhart und Rogoff 2009, 207). Als weitere Fehlentscheidungen im Vorfeld werden überdies die Entscheidung der Börsenaufsicht (SEC), Banken eine geringere Eigenkapitalquote zu erlauben, sowie die Politik der amerikanischen Zentralbank, die die Aktienkurse infolge der milden Rezession 2001 allzu stark steigen habe lassen, von den Verfassern genannt (Reinhart und Rogoff 2009, 218f., 291).

Der Beginn der Krise wird von beiden Autoren auf den Sommer des Jahres 2007 datiert, als es zu einem Anstieg der Zahlungsausfälle bei Hypothekenzahlungen von sogenannten *subprimes* kam, d.h. bei Personen, die nur über geringe Kreditwürdigkeit für einen Häuserkauf verfügten.

Im September 2008 spitzte sich die Lage auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt weiter zu. Die Zahl der Zwangsversteigerungen und der ausfallenden Kredite stieg an. Die wesentliche Ursache dafür war ein drastischer Einbruch in der Entwicklung der Immobilienpreise in den USA. Mitte September musste die Investmentbank Lehman-Brothers Konkurs anmelden. Die dramatischen Kursstürze an den Börsen weltweit stellten die Regierungen vor die Herausforderung, eine passende politische Antwort zu finden. Im September kam es zu einer Reihe weiterer bedeutsamer Ereignisse, die zur Verschärfung der

---

<sup>33</sup> Die Redebeiträge sind im Literaturverzeichnis gesondert zitiert. Die Protokolle für die jeweiligen Tage sind unter folgender Adresse abrufbar: <http://www.gpo.gov/fdsys/browse/collection.action?collectionCode=CREC>

Krise beitragen: Die Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac wurden vom Finanzministerium übernommen, in die Versicherung AIG kaufte sich die Federal Reserve ein und erwarb für 85 Milliarden Dollar 80% der Anteile (Isidore 2008).

In den USA stellte Finanzminister Henry Paulson am 20. September einen dreiseitigen Gesetzentwurf vor einem Senatsausschuss vor, der den Kauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren, die keine Abnehmer auf den Märkten mehr fanden, auf Staatskosten ermöglichen sollte. Man wollte die Liquidität – das reibungslose Funktionieren – des zweiten Hypothekenmarktes (also des Marktes, auf dem der Handel mit hypothekenbesicherten Wertpapieren stattfand) sicherstellen, indem vor allem die Verluste von Banken, die solche Papiere in ihrem Besitz hatten, klein gehalten wurden. Für dieses sogenannte TARP sollten 700 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag sollte vom Finanzminister ohne Zustimmung des Kongresses, ohne juristische Anfechtbarkeit und unter Geheimhaltung verwaltet und gegebenenfalls verteilt werden. Dieser Plan wurde überparteilich entschieden abgelehnt (Hulse, Herszenhorn 2008).

Die führenden Politiker berieten allerdings daraufhin weiter und erarbeiteten nach intensiven Verhandlungen über das Wochenende vom 26.9 bis 28.9.2008 einen neuen Plan. Dessen Befürworter um Paulson, Bush und die Fraktionsführungen beider Parteien warnten davor, dass der Zugang zu Krediten für Unternehmen erschwert werden würde. Ferner zeigten sich manche Abgeordnete besorgt darüber, dass die Ersparnisse der Amerikaner nach einem Zusammenbruch von Instituten an der Wall-Street an Wert verlieren würden.

Am 29.9.2008 wurde im US-Repräsentantenhaus der EESA eingebracht. Dieser unterschied sich vom Paulson-Plan schon allein durch den wesentlich größeren Umfang. Der Entwurf sah im Einzelnen folgende Maßnahmen vor (Washington Times 2008; CBO 2008):

- das bereits erwähnte TARP
- ein Programm zur Unterstützung von Hausbesitzern
- Schutzmaßnahmen für den Steuerzahler (beispielsweise eine zukünftige Gewinnbeteiligung)
- Beschränkungen in der Vergütung von Spitzenmanagern
- die Aufsicht über TARP durch Kongress und „Congressional Budget Office“
- die Erlaubnis für die FED, Geschäftsbanken Zinsen auf deren Einlagen bei der Zentralbank zu bezahlen
- Veränderungen in der steuerlichen Behandlung von bestimmten Einkommen, Verlusten und Abschreibungen

Die Kosten des Gesetzes wurden vom überparteilichen „Congressional Budget Office“ auf eine wesentlich geringere Summe als den autorisierten Betrag von 700 Milliarden Dollar geschätzt. Die Schutzmaßnahmen für den Steuerzahler (*Recoupment Mechanism*) wurden zum Teil als wenig effektiv bezeichnet, ebenso wie die bescheidene Verpflichtung des Präsidenten, ein Gesetz einzubringen (!), wenn nach fünf Jahren ein Verlust zu verzeichnen sei (CBO 2008). Ferner seien Verwaltungskosten des Gesetzes zu berücksichtigen, insbesondere die Bezahlung der privaten Manager, die für den Finanzminister das Programm verwalten sollten. Nach Ablehnung des Entwurfes in einer um 40 Minuten verlängerten Abstimmungsperiode kam es zu einem Kursrückgang an den Börsen – der Dow Jones erlebte seinen größten Tagesverlust aller Zeiten –, sowie zu einem Absinken des Ölpreises. Die Zinsen für amerikanische Staatsanleihen sowie der Goldpreis stiegen in der Folge (Hulse, Herszenhorn 2008).

In den Tagen darauf arbeiteten die Spitzen des Kongresses an der Veränderung des Gesetzesentwurfs. Der neue Entwurf, der vom Senat am 1. Oktober mit 74:25 Stimmen angenommen wurde, gliederte sich in drei Teile: Der erste Abschnitt war der gescheiterte Entwurf vom 29.9.2008, den zweite Teil bildete der *Energy Improvement and Extension Act of 2008* und der dritte Teil bestand in dem *Tax Extension and Alternative Minimum Tax Relief Act of 2008*. Durch die beiden zusätzlichen Teile wurden Anreize für erneuerbare Energien geschaffen sowie Steuererleichterungen gewährt. Das Paket sah ferner einen zeitlich befristeten Anstieg der versicherten Bankguthaben von bisher 100 000 Dollar auf 250 000 Dollar sowie Unterstützungsmaßnahmen für ländliche Schulen vor. Ferner wurde die SEC mit der Erarbeitung einer Studie beauftragt, inwieweit marktnahe Bewertungen von Anlagen (*mark-to-market*) zur Entstehung der Krise beigetragen hätten.<sup>34</sup>

Darüber hinaus wurde der Entwurf mit dem *Paul Wellstone and Pete Domenici Mental Health Parity and Addiction Equity Act of 2008* (!) kombiniert, der Versicherer dazu verpflichtete, für geistige Erkrankungen den gleichen Versicherungsschutz wie für körperliche bereitzustellen (Hulse 2008). Am gleichen Tag wurde auch noch der *Unemployment Compensation Extension Act of 2008* verabschiedet, der eine einmalige Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um 7 bzw. 13 Wochen vorsah.

---

<sup>34</sup> Vereinfacht bedeutet *mark-to-market*, dass Anlagen nach ihrem aktuellen Börsenwert in den Bilanzen aufgeführt werden und nicht beispielsweise nach dem Kaufpreis oder dem zu erwartenden Verkaufspreis.

### 3.3 Unterschiede nach den einzelnen ideologischen Positionen

Zunächst soll festgestellt werden, ob es tatsächlich beobachtbare Unterschiede in den rhetorischen Strategien und Argumenten nach den politischen Positionen, nach der *Ideologie* und nach der *Zugehörigkeit zur COFEX* gab und ob diese den theoretischen Erwartungen an ein *rounded statement about motives* entsprachen.

#### Der Radikale: Pete Stark

Pete Stark fokussiert sich bei der Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in den USA (*disorder/act*) auf die steigende Arbeitslosigkeit, auf die Belastung von Hauseigentümern durch steigende Hypothekenzinsen bei gleichzeitig fallendem Immobilienwert und auf die wachsende Zahl von Zwangsvollstreckungen (Stark 1, H10409). Die Ursachen dieser Krise und begünstigende Faktoren sieht Pete Stark in der Politik des von ihm oft persönlich verantwortlich gemachten Präsidenten Bush (Stark 1, H10409), über den er anmerkt: „I’m not willing to make a \$700 billion gamble that President Bush is right after 8 years of seeing all that he’s done wrong.“ (Stark 1, H10409)

Insbesondere die schwache staatliche Aufsicht der Finanzindustrie sei verantwortlich, weil diese es Verkäufern erlaubt habe, ihre Informationspflicht beim Verkauf riskanter Hypothekenscheine zu verletzen. Die Verantwortung der Konsumenten (*agents*) sei demgegenüber gering, seien diese doch mit dem Versprechen des amerikanischen Traums geködert worden, um den Markt riskanter Hypothekenscheine boomend zu lassen. Der fallende Wert der Hypotheken sei die Wurzel der jetzigen Krise (Stark 1, H10409).

Seine Definition der Situation entspricht damit den Erwartungen des theoretischen Ansatzes. Es sticht die klare Abgrenzung vom Konservativen ins Auge, indem er die ausschließliche Verantwortlichkeit des individuellen Konsumenten (*agent*) bestreitet. Stattdessen wird der Erwartung an den Radikalen entsprochen, indem die strukturellen Bedingungen (*agency*) betont werden, die dabei wahlweise mit Deregulierung oder der Politik der Bush-Regierung bezeichnet werden. In Abhängigkeit davon werden einzelne Akteure in ihrer Rolle definiert, in diesem Fall einerseits die *creative financiers* und andererseits die einfachen Leute, die mit einem Versprechen geködert wurden (*agents*). Ausgangspunkt der Krise ist aber die mangelhafte Struktur, d.h. die Politik von Bush. Damit wird er der Erwartung an die Extreme gerecht, wonach ein Faktor als bestimmende Ursache für mehrere Probleme angesehen wird.

In dieser Situation also, wo *disorder* in das wirtschaftliche System hineingebracht wurde und die Ursachen (*guilt/responsibility*) laut Stark in der Politik von Bush (*agency*) zu sehen



sind, argumentiert er nicht für eine vollständige *purification* dieses Fehlers in der Struktur, stattdessen kommt er in seiner Kritik am EESA auf andere Mängel zu sprechen: „Somebody in the press [...] earlier this week said eight out of 10 of my colleagues know nothing about economics or banking, and this bill shows that he was quite right. [...] [This bill] does nothing for middle Americans.“ (Stark 2, H10758)

TARP dagegen halte Menschen nicht in ihren Häusern, stimuliere die Wirtschaft nicht und bringe kaum Geld in lokale Gemeinschaften (Stark 2, H10758) – mit anderen Worten: Das Gesetz reagiert nicht auf die von ihm beschriebenen Auswüchse der Unordnung. Man solle sich Zeit nehmen, um ein Gesetz zu verabschieden, das allen Amerikanern helfen werde: „An option would be to assist homeowners with their mortgage payments. By making sure these mortgages remain viable, the market should stabilize.“ (Stark 1, H10409)

Diese Vorschläge stellen keine vollständige *purification* dar, weil die Ursachen nicht angegangen werden. Es handelt sich dabei eher um kleine Nachjustierungen (*fine-tuning*), um ein Abfedern, eine *mitigation* der von ihm diagnostizierten Krisensymptome. Änderungsvorschläge in den Regulierungen werden nicht genannt.

Damit macht er deutlich, dass es sich bei diesem Gesetz gerade nicht um eine Maßnahme handle, die die Ursache bekämpft oder seiner Meinung nach bekämpfen soll; vielmehr soll es zu einer Behandlung der Symptome kommen. Pete Stark kritisiert also in seinem Beitrag nicht die versäumte Beseitigung der von ihm genannten Ursachen der Krise, sondern eine falsche Behandlung der Folgen. Während sein Wunschvorschlag ein liberales *fine-tuning* darstellt, ist die angemessene Reaktion auf seine Krisenursachen ein deutliches, d.h. radikales, Verändern der Struktur. Überdies prangert er das formale Zustandekommen des EESA an und vergleicht die dabei angewandte *scare-tactic* mit dem Ausbruch des Irakkriegs und der Verabschiedung der Anti-Terror-Gesetze: „We`re getting the same kind of misinformation now, the same kind of rush to judgment [...]“ (Stark 2, 10758).

Die Argumente und Alternativvorschläge untermauern allerdings seine liberale Gesinnung, wenn er moniert, dass das Geld nicht an Unternehmen gehen solle, sondern an „Middle America“ – er bejaht damit grundsätzlich staatliche Eingriffe, allerdings lehnt er die im EESA vorgesehene Art und Weise ab.

## Der Reaktionär: Ron Paul

Die aktuelle Lage der Wirtschaft (*act/disorder*) in den USA beschreibt Ron Paul eher allgemein: „Wall Street is in trouble. There are a lot of problems, and if we don't vote for this, there are going to be problems.“ (Paul 1, H10369). Ferner sei die Regierung am Rande des Bankrotts (Paul 2, H10772). Ron Paul warnt – bei seiner Beschreibung der Ursachen und begünstigenden Faktoren für die Krise – vor falschen Schuldzuschreibungen:

„The most serious mistake that could be made here today is to blame free market capitalism for this problem. This has nothing to do with free market capitalism. This has to do with a managed economy, with an inflationary system, with corporatism, and with a special interest system. Yet we're resorting now, once again, to promoting more and more government.“ (Paul 1, H10369)

Die Krise sei vielmehr das Ergebnis von zu wenig Aufsicht über die Zentralbank und zu viel Regulierung der Wirtschaft (Paul 2, H10772). Die Zentralbank habe durch ihre künstliche Niedrighaltung des Zinssatzes eine Blasenbildung auf dem Häusermarkt herbeigeführt. Dies sei möglich geworden, weil die Golddeckung des Dollar seit 1971 nicht mehr bestehe, die vorher die Geldschöpfung noch eingeschränkt habe. Weitere schädliche Staatseingriffe, die zur Entstehung der Krise beigetragen hätten, sind seiner Ansicht nach die Working group von Präsident Bush zur Wirtschaftspolitik, der *Community Reinvestment Act*, der Exchange Stabilization Fund, sowie staatlich garantierte Darlehen (Paul 1, H10370).

Ron Paul verwendet ein Argumentationsmuster eines Reaktionärs, indem er auf den freien Markt als einstiges *principle* verweist, von dem man abgekommen sei („This has nothing to do with free market capitalism“). Diese Abkehr manifestiere sich in der gegenwärtigen Struktur des Geldsystems (*agency*). Daneben gebe es weitere strukturelle Ursachen, die auf den Staat zurückzuführen seien und dementsprechend den freien Markt konterkarierten. Ausgangspunkt der Krise sei insgesamt die Abkehr von Prinzipien des freien Marktes.

Ron Paul formuliert seine Vorbehalte gegen den EESA an einer Stelle ganz prägnant: „It is immoral – Dumping bad debt on the innocent taxpayers is an act of theft. It is unconstitutional – There is no constitutional authority to use government power to serve special interests. It is bad economic policy.“ (Paul 1, H10370) Schlechte Wirtschaftspolitik sei das Gesetz vor allem deswegen, weil seine Wirkung auf den Markt und die Kreditvergabe zweifelhaft sei (Paul 2, H10772). Aber selbst wenn es wirksam wäre, bestünde immer noch ein größeres Risiko des *Moral Hazard* für die Zukunft, weil die Firmen keine Initiative mehr hätten, zu einer vernünftigen Vergabepaxis von Darlehen überzugehen (Paul 2, H10782), und damit unverantwortlichem Verhalten in der Zukunft Vorschub geleistet werden würde.

Im Übrigen werde das grundlegende Problem nicht angegangen: das Geldsystem. Mit dem Gesetz komme es also zu keiner umfassenden *purification*, stattdessen würden nur die Symptome behandelt (Paul 1, H10369). Das führe zu falschen Lösungen: „more appropriations, more spending, more debt, and more credit in the market.“ (Paul 2, H10772) Diese falschen Eingriffe würden für schlimmere Konsequenzen sorgen als ein Nichteingreifen, denn das Ende des FIAT-Geldsystems – d.h. die Behebung der Krisenursachen – stehe bevor:

„Monetary reform will eventually come, but unfortunately, Congress’ actions this week make it more likely the reform will come under dire circumstances, such as the midst of worldwide collapse of the dollar. The question then will be how much of our liberties will be sacrificed in the process. Just remember what we lost in the aftermath of 9-11.“ (Paul 1, H10370)

Auffällig ist, dass er genau wie Pete Stark auf den Antiterror-Kampf der Regierung Bush als abschreckendes Beispiel falscher Politik zu sprechen kommt. Als konkreten Alternativvorschlag zum EESA bringt er – neben dem Verzicht auf ein Eingreifen des Staates in das Marktgeschehen – eine Intensivierung der Aufsicht ins Spiel – allerdings nicht für private Akteure, sondern für staatliche, insbesondere für die Zentralbank (Paul 1, H10370). Ziel davon sei es herauszufinden, welche Rolle diese staatlichen Akteure für den Ausbruch der Krise gespielt haben.

Mit seinem Lösungsvorschlag zu aktuellen Krise entspricht er den Erwartungen an einen Reaktionär. Man habe sich vom *principle* entfernt, daher bestehe die *purification* darin, zu diesem zurückzukehren – was durch drastische Veränderungen bisheriger Strukturen erreicht werden könne. Insofern ist es aus seiner Sicht nur konsequent, die bisherigen Maßnahmen abzulehnen, weil sie dem nicht entsprechen, indem sie eine Rückkehr hinauszögern, verkomplizieren und schmerzlicher machen: „My sincere conviction is that by [...] not allowing markets to adjust, debt to be liquidated, you’re going to guarantee a depression.“ (Paul 2, H10772) Im Übrigen weist er darauf hin, dass er ein *fine-tuning* der bisherigen Struktur – nichts anderes sind die vorgeschlagenen und zum Teil beschlossenen Maßnahmen – für schädlich hält und entspricht damit den Erwartungen, die man an Positionen der Extreme hat, nämlich, dass drastische Änderungen notwendig sind, um ein Problem zu beheben. Bei Paul kann dies im konkreten Fall auf einen Faktor heruntergebrochen werden: das Geldsystem. Darüber hinaus deuten seine Vorwürfe der Immoralität und Verfassungswidrigkeit an, dass die politische Streitfrage EESA von ihm zumindest teilweise auch als *question of value* aufgefasst wird, was ihn auch als Politiker

rechts der Mitte identifiziert. Dem entspricht auch seine Auffassung, dass staatliches Eingreifen entscheidend für die Bildung der Krise war.

### Die Liberale: Maxine Waters

Maxine Waters verweist bei der Beschreibung der momentanen Krise der amerikanischen Wirtschaft (*act/disorder*) auf ausfallende Darlehen, nicht zurückzahlbare Schulden und finanzielle „Giftpapiere“. Diese *disorder* habe gewisse Ursachen, allerdings sei die größte Schuld nicht bei den Darlehensbeziehern (*agents*) zu suchen, auch wenn einigen die Sache wohl zu Kopf gestiegen sei (Waters 1, H10376). Sie distanziert sich damit schon von einer konservativen Argumentationsweise. Die meisten Darlehensbezieher seien vielmehr Opfer einer räuberischen Verleihpraxis und dementsprechend Opfer der Umstände (*scene*) geworden. Sie spezifiziert das, indem sie von *subprime exploitation* spricht und den theoretischen Erwartungen an die liberale Position entsprechend als Ursachen für die Krise nennt: „There`s enough blame to go around. Greed, a regulatory system that turned a blind eye to these exotic schemes and products, brokers and banks who peddled these products, and investment banks who invested in these products all share some of the blame. We must correct the problems caused by these loans.“ (Waters 1, H10376)

Verantwortlich ist ihrer Meinung nach die Gier (*principle*) einzelner (*agents*), die durch eine mangelhafte Regulierung (*agency*) begünstigt worden sei. Mit dieser Fülle an Ursachen, die komplex miteinander verwoben zu sein scheinen, beschreibt sie ausführlich die *scene*. Es wird nicht eine allein verantwortliche Ursache herausgesucht („There`s enough blame to go around“). Mit dem letzten Satz im Zitat deutet sie auch bereits an, wie sie sich eine Lösung der Krise vorstellt bzw. was sie sich von einem Gesetz in der aktuellen Lage erwartet: die Bekämpfung der durch die *disorder* entstandenen Probleme.

Maxine Waters nennt eine Reihe von Argumenten für den EESA, betont aber zugleich auch eigene Alternativvorschläge. Sie ist überzeugt, dass Nichtstun in der jetzigen Situation dazu führen würde, dass Banken zusammenbrechen würden, der Kreditfluss versiegen würde und damit die Märkte für Hypotheken, Darlehen für Autos, Studentendarlehen und Kredite für Kleinunternehmen im Grunde nicht mehr existieren würden (Waters 1, H10376). Die Folge wäre, dass mehr Arbeitsplätze verloren gingen und die Wirtschaft Schaden nähme. Daneben wären Einlagen in Rentenfonds und Investments in den Aktienmarkt nicht mehr zu retten. Diese ausführliche Beschreibung einer hypothetischen *scene* entspricht ebenfalls einer liberalen Strategie, wenngleich diese hier als Warnung formuliert wird und dementsprechend nicht dem Schema des *dramatistic process* entspricht. Der EESA helfe allerdings auch dabei,

die von ihr zu Beginn in der Situationsdefinition beschriebenen Krisenauswirkungen zu lindern: „I am voting ‚yes‘ on this bill because this \$700 billion will purchase the nonperforming loans, the bad debt, and the toxic paper which, if left to the market, could cause the greatest financial crisis our country has ever seen. These nonperforming loans represent people, real Americans in trouble.“ (Waters 1, H10376)

Der Plan ermögliche den Schutz von Hauseigentümern, denen die Zwangsvollstreckung drohe, da der Staat mit diesem Gesetz die Macht habe, Garantien für Darlehen abzugeben, und in manchen Fällen eine Neuformulierung der Darlehenskonditionen vornehmen könne (Waters 2, H10772). Außerdem gäbe es eine ausreichende Aufsicht durch das Financial Stability Oversight Board und es würden sogar Strafverfolgungen bei Gesetzesvergehen (durch Banker) ermöglicht. Sie gibt allerdings zu, dass das Gesetz nicht perfekt sei (Waters 2, H10377).<sup>35</sup>

Maxine Waters appelliert: „Today I vote ‚yes‘, but there is much more to be done. We must never again allow the risk to our economy that’s been created by greed to ever occur again.“ (Waters 2, H10377). Mit diesem letzten Satz kündigt sie die Beseitigung der Krisenursachen an, trennt diese aber vom EESA, der ja – genau wie bei Stark – laut ihr nur die Konsequenzen der Krise angehen soll. Die *purification* wird also auch hier gezielt aufgeteilt.

Dem Muster liberalen Sprechens wird sie auch gerecht, weil sie bei ihren Reden eine Fülle an Detailwissen zur Beschreibung der Situation verwendet und ihre Lösungsvorschläge induktiv, Schritt für Schritt, entwickelt. Die Maßnahme ist aus ihrer Sicht eine *question of fact*. Anders als Radikale verzichtet sie auf den allein ausschlaggebenden Faktor für *disorder*, denn sie formuliert explizit: „There’s enough blame to go around“.

### Der Konservative: Paul Ryan

Bei der Beschreibung der *disorder* spricht Paul Ryan von einer Krise im Finanzsektor (*act*), die auf die Realwirtschaft durchzuschlagen drohe (Ryan 1, H10379). In seinem Heimatstaat sehe man bereits den Beginn davon, denn vielen Menschen drohe der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Das Finanzsystem sei von Angst, mangelnder Zuversicht und fehlendem Vertrauen der Geschäftspartner untereinander geprägt: „Right now, our system is plagued with fear. There is no confidence. There is no trust. Lenders don’t trust borrowers; sellers don’t trust buyers.“ (Ryan 2, H10769). Damit definiert er die Rolle der einzelnen *agents* (lenders, buyers) sowie der *agency* (Finanzsystem) in Abhängigkeit vom Verlust des *principle*

---

<sup>35</sup> Sie nennt hier das Fehlen einer Neuregelung der Insolvenzordnung und von Gebühren für Institutionen, die Mittel aus TARP empfangen.

(confidence), die *scene* (Arbeitsplatzverlust und Ausbreitung der Krise) wird in die Zukunft projiziert.

Die theoretischen Erwartungen für die Beschreibung der Situation sind durch Paul Ryan zum Teil erfüllt worden. Er nennt zwar keine Ursachen der bestehenden Ursache (*disorder*), beschreibt diese aber mittels des Fünferschemas; dabei betont er immer wieder das unkonkrete *principle* des Vertrauens und einer diffusen Furcht im System und setzt alle anderen Elemente des *pentad* dazu in Beziehung. Er ähnelt mit seiner Situationsbeschreibung damit eher einem Reaktionär.

Paul Ryans Lösungsvorschlag für die Krise ist der EESA: „This bill, as flawed as it is, goes right this issue. [...] It stops that fear from spreading into outright panic.“ (Ryan 2, H10769) Der Gesetzesentwurf gehe damit nicht Ursachen an, sondern mögliche Konsequenzen. Man kann daher nicht von umfassender *purification* sprechen. Die Lösung besteht bei Paul Ryan in einer Rückkehr zu einem früheren Zustand. Auch hier entspricht er nicht dem konservativen Argumentationsmuster, weil er nicht auf Individuen und ihre Verantwortung zu sprechen kommt.

Paul Ryan nennt eine Reihe weiterer Argumente, die ihn für den EESA stimmen lassen. Zum einen müsse eine Mehrheit dafür stimmen, auch wenn es unpopulär sei (Ryan 1, H10379) – dabei handelt es sich natürlich um kein inhaltliches Argument, sondern eher um eine Bekräftigung der Wichtigkeit des Gesetzesentwurfes.

Er spezifiziert die bereits erwähnten Konsequenzen des Scheiterns des EESA, indem er ein Verteidigungs- und Bedrohungsnarrativ konstruiert: „[W]e see that gathering storm, we see it out there on the horizon.“ (Ryan 2, H10769). Er projiziert dabei eine *scene* in die Zukunft, in der insbesondere der Verlust von Arbeitsplätzen und Rentenfonds drohe und zugleich der Markt für Darlehen, speziell für Häuser und Autos, zusammenbrechen würde (Ryan 1, H10379). Überdies seien im Plan wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Paulson-Plan enthalten, darunter vor allem die Gewinnbeteiligung der Steuerzahler im Falle einer Erholung der Märkte, ferner das Versicherungsprogramm, das die Wall-Street in die Kosten der Erholung mit einbeziehe, außerdem die Maßnahmen gegen die exzessiven CEO-Kompensationen in den geretteten Unternehmen sowie die Tatsache, dass die ursprünglichen Kosten um die Hälfte reduziert wurden, weil nun die Hälfte aller Mittel vom Kongress bewilligt werden müsse (Ryan 1, H10379).

Im Übrigen entspricht er in seinen Argumenten und Strategien den erwarteten Gemeinsamkeiten rechts der Mitte. Er drückt seinen Unmut aus und wird hier seiner konservativen Grundorientierung gerecht, wenn er betont: „[T]his bill offends my principles.

But I am going to vote for this bill in order to preserve my principles, in order to preserve this free enterprise system.“ (Ryan 1, H10379) Für ihn handelt es sich also bei dem EESA um eine *question of value*, was folgendes Zitat noch einmal bekräftigt:

„And so for me and for my own conscience, so I can look at myself in the mirror tonight, so I can go to sleep with a clear conscience, I want to know that I did everything I could to stop it from getting worse [...] I want to get on my airplane and go home and see my three kids and my wife [...] and look them in the eye and know that I did what I thought was right for them and their future. And I believe with all my heart [...] it could get a whole lot worse [...]“ (Ryan 1, H10379)

Mit diesem emotionalen Appell an die Schutzbedürftigkeit der Zukunft seiner und aller Kinder und dem damit einhergehenden Charakter der Abstimmung als den einer Gewissensentscheidung, betont er hier noch einmal Werte wie Verantwortungsbewusstsein und Generationengerechtigkeit.

### Zwischenfazit und Vergleich

In den Beschreibungen der Krise (*disorder*) und der Ursachen (*guilt/responsibility*) bilden sich zum Teil die theoretischen Erwartungen ab, wohl am deutlichsten bei Ron Paul, der auf den Markt als *principle* rekurriert, von dem man sich verabschiedet habe. Seiner extremen Stellung im Kongress wird er auch damit gerecht, dass er im Geldsystem den zentralen Faktor zu erkennen glaubt, der für die Krise verantwortlich sei. Pete Stark und Maxine Waters ähneln sich sehr stark in ihrer Argumentationsweise, aber es gibt gewisse Unterschiede. Während Stark relativ einseitig auf Bushs Politik der Deregulierung eingeht und damit die für einen Radikalen ausschlaggebende *agency* betont und nur einen Faktor als wesentliche Ursache der Krise nennt, erwähnt Waters diesen Punkt weniger auf den Präsidenten bezogen in einer Fülle an Ursachen und wird damit ihrer liberalen Position gerecht. Paul Ryan lässt eine Ursachenbeschreibung vermissen und betont stattdessen stark akute Probleme im Wirtschaftssystem. Man könnte ihm ein reaktionäres Argumentationsmuster unterstellen – denn er hebt stark das Vertrauen als höchstes Prinzip hervor, das man wiederherstellen müsse. Sein Verweis auf die von ihm in der Abstimmung „verratenen“ Prinzipien („I am going to vote for this bill in order to preserve my principles“) rückt ihn in das konservative Lager, wenngleich er nicht so stark wie erwartet die *agents* betont. Auf dieses konservative Argumentationsmuster kommen allerdings Waters und Stark indirekt zu sprechen, weil sie es explizit widerlegen, indem sie den Darlehensbeziehern (*agents*) den Großteil der Verantwortung für die Krise absprechen.

Dem *dramatistic process* wird in den Reden oft nicht entsprochen. Statt ganzheitlicher *purification* (Bereinigung) wird oft nur – wenn man so will – *mitigation* (Linderung) angeboten, wobei die Symptome angegangen werden, aber die Ursachen ausgespart bleiben. Ron Pauls Vorwurf, wonach das Gesetz nur Symptome behandle (Paul 1, H10369), bleibt damit häufig unwidersprochen. Am deutlichsten wird das bei Paul Ryan, der ja auf eine Nennung von Ursachen ganz verzichtet. Oftmals wird diese *mitigation* gerade mit dem Verweis auf die Konsequenzen des Nichthandelns begründet, so zum Beispiel bei Ryan, wenn er von einem „gathering storm“ spricht und vor dem Nichtstun warnt. Sowohl Waters als auch Ryan bedienen explizit dieses Argumentationsmuster. Mit dem Schema des *pentad* können die Verweise auf schlimme Konsequenzen formal als Warnung vor einer Veränderung des *acts* interpretiert werden.<sup>36</sup>

Waters allerdings nennt auch die Notwendigkeit der Behebung der Krisenursachen, sieht diese aber nicht als Aufgabe des EESA an und verschiebt diese Problematik daher in die Zukunft. Ryan nennt keine Ursachen, die es zu beheben gelte. Insgesamt wird bei beiden Rednern deutlich, dass sie die zentrale Aufgabe des EESA in einer Eindämmung von Konsequenzen und nicht in einer Behandlung der bestehenden Unordnung (*disorder*) sehen. Pete Stark bezeichnet diesen Verweis auf Konsequenzen abwertend als *scare-tactic*. Aber selbst er kommt nicht auf eine Beseitigung der Ursachen zu sprechen, denn sein Hauptkritikpunkt am Gesetz ist ja, dass es keine Hilfe für „Middle America“ bereitstelle. Allein Ron Paul bietet in seiner Rede eine umfassende *purification* an, indem er auf seiner Position des Nichteingreifens beharrt und davor warnt, mit neuen Eingriffen nur noch weitere Probleme zu schaffen. Wenigstens drei der vier Positionen verlangen vom EESA keine wirkliche Behandlung der von ihnen als wesentliche Ursachen der Krise angesehenen Faktoren.

In ihrer Arbeit zum EESA argumentierten Chaput und Hanan, dass die Hauptvertreter von Gegnern und Befürwortern des EESA durch die Betonung der rhetorischen Figur des Ausnahmezustandes die neoliberale Ordnung implizit nicht herausforderten. Beide Seiten würden eine grundsätzlichere Debatte verhindern, da sie demokratisch gewählte Regierungen danach bewerten, wie gut sie Einnahmen und Ausgaben kalkulieren, d.h. wie gut sie den Wünschen des Neoliberalismus Rechnung tragen (Hanan und Chaput 2013, 31).

Die Seite der Befürworter – bei Hanan und Chaput die Bush-Administration – bediene sich dabei der Argumente der historischen Zweckmäßigkeit und lege dabei Wert auf ein schnelles, dringliches Handeln, das keine Alternativen zulasse. Die Gegner – bei beiden die

---

<sup>36</sup> Damit fällt der Befund zwar aus dem Schema des *dramatistic process* aber nicht aus dem des *pentad*.



keynesianischen Wirtschaftswissenschaftler Roubini und Stiglitz – wiederum fokussieren sich in ihrer Kritik hauptsächlich auf die Bush-Administration und deren Management und lassen damit eine Hinterfragung von größeren Strukturen des Wirtschaftssystems außer Acht (Hanan und Chaput 2013, 20).

Die Ergebnisse des vorliegenden Vergleichs entsprechen dem mitunter, da ja auch hier die demokratischen – d.h. eher linken – Gegner Pete Stark und Barbara Lee (1) im EESA nur ein Mittel zur Behandlung der Symptome oder zur Verhinderung von schlimmeren Folgen sehen und damit keine grundsätzliche Debatte führen. Hanan und Chaput kontrastieren die Rhetorik der Hauptgegner wie folgt mit einer gewissermaßen „wirklich“ radikalen Rhetorik:

„In the case of those who opposed EESA, for example, a rhetoric of the common would resist advocating an interventionist plan that bails out homeowners rather than banks and instead would problematize the very liberal paradigm of private property that produced the crisis in the first place.“  
(Hanan und Chaput 2013, 32).

Man erkennt klare Unterschiede zu den bisher analysierten Ausführungen der Demokraten – sowohl unter den Gegnern als auch unter den Befürwortern. Zwar führten die Demokraten offen bestimmte strukturelle Ursachen der Krise ins Feld, die es anzugehen gelte – sie wurden damit der radikalen Situationsdefinition durchaus gerecht –, doch machen sie beim EESA dies nicht zur Bedingung ihrer Zustimmung. Ferner sind die von ihnen vorgeschlagenen Strukturänderungen (d.h. stärkere Regulierung) nicht annähernd so tiefgreifend wie die im Zitat von Hanan und Chaput deutlich gemachte Problematisierung des Privateigentums.

Es zeigen sich weitere Übereinstimmungen zwischen zwei und mehr Positionen hinsichtlich bestimmter Merkmale. Deutlich erkennbar ist die explizite Werteorientierung bei Ryan und Paul sowie deren Verweis auf den freien Markt als oberstes Prinzip. Demgegenüber steht die klar faktische Orientierung auf Seiten der Demokraten, die sich beispielsweise bei Maxine Waters in der ausführlichen Beschreibung vieler unterschiedlicher Entwicklungen in der Krise äußert.

Die Komplexität der Welt wird von beiden Extremen reduziert. Zwar kommt Paul auf das doch recht unbekanntes und schwer zu durchdringende Themenfeld des Geldsystems zu sprechen, doch schränkt er die Problematik ein, indem er für die Krise jeden staatlichen Eingriff verantwortlich macht. Stark mit seinem einseitigen Verweis auf die Deregulierung und insbesondere auf die – man konnte es spüren – verhasste Politik der Regierung schließt sich dem im Hinblick auf Komplexität an. Beide verweisen überdies auf den Antiterror-

Kampf der Bush-Regierung in der ein oder anderen Form als abschreckendes Beispiel von verfehlter Regierungspolitik. Das ist sicher kein Zufall, denn gerade auf dem Politikfeld der Bürgerrechte haben die Extreme immer wieder inhaltlich gleiche Vorstellungen.<sup>37</sup>

Maxine Waters hingegen ist in ihren Ausführungen sehr komplex und betont eine Fülle von Faktoren („There`s enough blame to go around“), die zur Krise beigetragen haben, Ryan dagegen verzichtet auf eine Nennung von Ursachen.

### 3.4 Veränderungen nach dem Koalitionswechsel

Hier werden die Reden der Abgeordneten, die ihre Meinung zum EESA geändert haben, systematisch analysiert. Die wesentlichen Befunde werden in einem Zwischenfazit diskutiert.

#### Barbara Lee

Die theoretischen Überlegungen legen nahe, dass Barbara Lee in der ersten Rede eher radikale rhetorische Strategien verwendet und sich in der zweiten eher liberaler Strategien bedient. Die von ihr präsentierten Argumente müssten sich überdies auch verändern.

#### *Barbara Lees erste Rede*

Barbara Lee definiert die Krise als Ergebnis der Politik der Regierung Bush: „Madam Speaker [...] I can tell you that the situation that we find ourselves in today is the direct result of the deregulation-happy, turn-a-blind-eye approach of this administration and its allies in Congress.“ (Lee 1, H10370)

Diese Politik habe es ermöglicht, dass Banken schlechte Kredite verleihen konnten. Damit entspricht sie ganz dem radikalen Ansatz, der in der Struktur der Sache (*agency*) das Problem sieht. Die strukturellen Bedingungen der Deregulierung hätten zur Krise geführt. Auch wenn sie die Verantwortlichen (*agents*) nicht explizit anspricht, so wird doch klar, wem sie die Schuld daran gibt: „This bill should be paid for by the high-flying industry that created this problem.“ (Lee 1, H10370). Diese diffus bezeichnete Finanzindustrie sei dafür verantwortlich. Die *agents* hätten aufgrund der Mängel in der Struktur des Systems frei operieren können. Wegen der mangelhaften Struktur bestehe nun eine Situation (*scene*), mit mehr als 600000 verlorenen Jobs, steigenden Zahlen von Zwangsvollstreckungen und „Working poor“ (Lee 1, H10370).

Als Lösungsvorschlag lehnt sie den EESA ab, weil die von ihr als akut bezeichnete Krise (Zwangsvollstreckungen) nicht bekämpft werde. Ferner sollten die Kosten von der

---

<sup>37</sup> Siehe Seite 11.

Finanzindustrie übernommen werden, deren Gehaltexzesse überdies auch stärker eingedämmt werden müssten. Sie schlägt diesbezüglich einen *Income Equity Act* vor (Lee 1, H10369). Mit diesem Punkt wird sie auch der Erwartung gerecht, wonach Personen auf der liberalen Seite verstärkt auf Ergebnisgleichheit drängen. Insgesamt aber fehle ein Konjunkturpaket (*economic stimulus*). Damit entspricht sie ebenfalls liberalen Forderungen nach einem stärkeren Eingreifen des Staates in die Wirtschaft. Auch damit gibt sie sich als keynesianische Kritikerin des EESA zu erkennen, weil sie keine Grundsatzdiskussion im Sinne von Hanan und Chaput anfängt. Mit der Nennung ihrer Alternativvorschläge macht sie zugleich die Mängel des EESA deutlich, die sie gegen den Gesetzentwurf stimmen lassen. Ihre Alternativvorschläge sind allerdings nicht auf umfassende *purification* mit Beseitigung der Krisenursachen ausgerichtet. Denn bei ihr ist nicht die Rede davon, die Deregulierung zu beenden und damit strukturelle Änderungen vorzunehmen. Vielmehr fordert sie eine Anpassung der Institutionen – ein *fine-tuning* (d.h. ein Nachjustieren). Dieses Anknüpfen an die genannten Krisenursachen mag vielleicht unterschiedliche Gründe haben, über die man nur spekulieren kann, wichtig aber ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass es sich bei ihrem Beitrag nicht um ein ideales *rounded statement about motives* handelt.

#### *Barbara Lees zweite Rede*

Die Ursachen der Krise sieht sie auch weiterhin in einer Deregulierung der Finanzmärkte unter der Bush-Administration: „We should be honest with how we got here: reckless deregulation policies and greed.“ (Lee 2, H10773). Mit der Betonung der strukturellen Bedingungen (*agency*) bleibt sie der radikalen Beschreibung der Situation treu.

Auf dieser Beschreibung aufbauend formuliert sie folgerichtig die *purification*: „[...] I will continue to fight for regulatory reform and a direct economic stimulus package that we fought to be included in this bill.“ Darüber hinaus müsse ein direktes Konjunkturpaket folgen, ebenso eine Reform der Insolvenzgesetzgebung sowie ein Moratorium für Zwangsvollstreckungen. Diese Maßnahmen stehen allerdings nicht im Gesetz und stellen damit nur Versprechungen dar. Barbara Lee trennt damit genau wie Waters die Ausräumung der Krisenursachen (Adressierung von *responsibility*) von diesem Gesetz. Damit ist offenkundig, dass sich ihre Zustimmung für den EESA nicht aus ihrer Situationsdiagnose heraus begründen lässt, was sie mit gewissem Unmut deutlich macht:

„As Senator Obama said, there will be a time to punish those who set this fire, but now is the moment for us to come together and put the fire out. Congressman Jackson and I join him in that effort and we will vote for this flawed but necessary legislation. It is a very difficult vote for both of us, but I must do

everything I can to stop this bleeding in the lives of people living from paycheck to paycheck, that is if they have a paycheck.“

Statt auf die Ursachen der Krise zu reagieren, die sie in der Deregulierung sieht, argumentiert Lee damit zweckorientiert, verweist auf das „Bluten“ im Lebensalltag der armen Amerikaner und bemüht einen Einigkeitsappell, indem sie davon spricht, dass man zusammenkommen müsse, um das Feuer zu löschen, denn: „[...] I can't afford to risk the consequences of inaction based on what I know today.“ Denn diese seien vielschichtig und reichten von Kürzungen bei staatlichen Sozialleistungen wie Schulen bis hin zu möglichen Einbußen bei den Renten der Senioren.

Die im *rounded statement about motives* logische Vorgehensweise, auch die Beseitigung von Krisenursachen vorzuschlagen (*purification*), wird hier nicht angewendet. Ihre Maßnahmen und ihre Begründungen machen deutlich, dass es ihr hier ausschließlich um *mitigation* geht. Lee bemüht sich allerdings um tiefere Rechtfertigungen und verweist auf das Gebot der Nächstenliebe, wenn sie davon spricht, das „Bluten“ in den Leben der Amerikaner zu stoppen. Dabei kommt sie als positive Maßnahme auf die Ausweitung des Bezugsbereiches der Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Ebenso gebraucht sie genau wie Waters und Ryan den Konsequenztopos, d.h. die Warnung vor den Konsequenzen des Nichtstuns: „I spoke with our California treasurer this week, and he assured me that people will suffer greater pain, including cuts to critical State-funded social services [...] if we don't do something to stop this hemorrhaging.“

Diese detaillierte Beschreibung der zukünftigen Szenerie entspricht auch der liberalen Position. Sie wird den theoretischen Erwartungen an ein *rounded statement about motives* hier teilweise gerecht, indem sie ihre eigenen Vorstellungen solide mit ihrer Weltanschauung begründet. Allerdings gelingt es ihr nicht, ihre Zustimmung zum EESA plausibel als umfassende *purification* für das Problem darzustellen.

### Gresham Barrett

Auf Basis der angestellten theoretischen Überlegungen, lässt sich vermuten, dass Gresham Barrett bei seiner ersten Rede zunächst auf reaktionäre rhetorische Strategien rekurriert und in seiner zweiten eher konservative Strategien anwendet. Seine Argumente für seine Position müssten sich auch verändern.

### *Gresham Barretts erste Rede*

Bei der Beschreibung der Krise spricht er von unterschiedlichen Ursachen – es schimmert allerdings die Sicht des Reaktionärs durch: „This whole crisis is built around debt, where much bad debts has caused an inability to get new credit-otherwise known as debt.“ (Barrett 1, H10368) Es werden keine konkreten Zahlen, Statistiken oder Strukturen genannt, sondern lediglich eine Verletzung des Haushaltsgebots (*principle*). Er führt die Ursachenthematik weiter aus, indem er eine allgemeine Beobachtung zur Gesellschaft formuliert: „Whether you`re talking about someone from South Carolina who took a mortgage they couldn` t afford or a Wall Street banker who gave that mortgage, we see just how important personal responsibility must be to American society.“ Er verweist hier einerseits auf individuelles Fehlverhalten von Bankern und Hauseigentümern (*agents*) und kommt damit der konservativen Argumentationsweise nahe, betont andererseits aber die Wichtigkeit der zum *principle* erhobenen persönlichen Verantwortung für die Gesellschaft, die bedroht scheint. Darauf aufbauend begründet er seine Ablehnung des Gesetzes, indem er zunächst bekennt: „I believe so strongly in the principles of the free market and the belief in the word ‚freedom.‘ That`s why I`m opposing this bill.“ Das Gesetz stelle eine Abkehr von diesem Prinzip der persönlichen Verantwortung dar: „I fear that this legislation erodes this accountability and the freedom that comes with it.“

Daneben erklärt er allerdings auch, dass er im Nichtstun der Regierung keine Alternative sieht: „We should all agree that a failure of our credit markets would be an enormous catastrophe, and the government does have a role in ensuring that the financial markets function soundly.“

Diese Rolle solle die Regierung aber nicht so wahrnehmen, wie es im EESA vorgesehen ist, stattdessen müsse man sich auch hier an Prinzipien des freien Marktes orientieren: „There are other reasonable options that we should explore to help the markets heal themselves [...] I was pushing for a plan that would use more free market principles, such as suspension of capital gains, a repatriation of earnings.“

Barrett sieht die Ursachen der Krise in einer zu umfangreichen Kreditvergabe und einer zu hohen Verschuldung. Für diese Ursachen präsentiert er die *purification* in der Rückkehr zu den Prinzipien des freien Marktes, die er wiederholt und verstärkt in seinen Appellen fordert. Seine gesamte Rede besteht aus Verweisen auf diese *principles*. Die Regierung müsse unliebsame Konsequenzen für die Zukunft verhindern. Dabei solle sie sich allerdings auch an den Prinzipien des freien Marktes orientieren. Insgesamt drängt er vehement darauf, zu alten

Prinzipien zurückzukehren, von denen sich einzelne Individuen abgewendet haben. Damit verwendet er rhetorische Strategien eines Reaktionärs.

### *Gresham Barretts zweite Rede*

Barrett spricht von der größten Wirtschaftskrise, die das Land je mitgemacht hat. Er betont indirekt auch die von ihm in der ersten Rede genannten Ursachen der Krise – die zu hohe Verschuldung und die Abkehr von den Prinzipien des freien Marktes –, indem er erklärt: „I have fought in this House for spending regulations and tougher restraint, and we have seen what has happened and where it has led us.“ (Barrett 2, H10763) Aber darauf aufbauend erklärt er nicht mehr seinen Widerstand gegen das Gesetz auf Basis seines Eintretens für den freien Markt, stattdessen trifft er offen eine Abwägung: „Do I still have concerns about this bill? Yes. Do I still have concerns that it will affect the free market system? Yes, I do. But we have to act and we have to act now. It's our job to lead. [...] if this House doesn't lead, America will fail.“

In der zweiten Rede verfährt er bei der Begründung für seine Zustimmung nicht nach dem Schema des *dramatistic process*. Stattdessen begründet er sein Ja mit der Verhinderung der Konsequenzen des Nichthandelns („If we don't solve these problems [...] if this House doesn't lead, America will fail“). Er betont, dass es sich um einen Kompromiss handle, dass das Gesetz nicht perfekt sei, dass er nicht seinen Prinzipien in jeder Hinsicht gerecht geworden ist: „[P]olitics is the art of the possible. This House is a place where policy and reality come together, where people solve problems.“

Barrett nennt aber auch mehrere konkrete Punkte, weshalb er seine Meinung zum EESA geändert habe. Erstens sei eine Aussetzung von *mark-to-market* darin vorgesehen, zweitens werde der von der Einlagenversicherung FDIC abgesicherte Betrag der Guthaben von 100 000 auf 250 000 Dollar erhöht; ferner lobt er die Steuererleichterungen, die Verhinderung der Erhöhung der *Alternative Minimum Tax* sowie die steuerliche Berücksichtigung von Kindern.

Damit handelt es sich also um Anpassungen der Gesetze und zum Teil angefügte Gesetzesakte, die seine Zustimmung gewonnen haben. Diese stellen eher konservative Ansätze dar; insbesondere kann im Hinblick auf die Steuererleichterungen gesagt werden, dass sie eher dem entsprechen, was Barrett schon in seiner ersten Rede als Prinzipien des freien Marktes bezeichnet hat. Wenigstens für Barrett lässt sich feststellen, dass womöglich *saving-amendments* seine Zustimmung sicherten (vgl. Enelow und Koehler 1980).

### Zwischenfazit und Vergleich

Hussey kommt an einer Stelle in seiner Dissertation auf die Motivlage der COFEX wie folgt zu sprechen: „For the extremes however, sometimes ideology trumps party, leading to COFEX. Is it better to vote for half a loaf or no loaf at all? For the ideological extremes, COFEX votes signal their preference.“ (Hussey 2007, 20)

Analog dazu signalisieren die jeweils zweiten Redebeiträge von Lee und Barrett diesen indirekt von Hussey bei COFEX als fehlend kritisierten Pragmatismus. Prinzipielle Begründungen werden für ihren Stimmungsumschwung nicht gegeben. Stattdessen betonen sie eine Zweckorientierung und den Kompromisscharakter des EESA. Es stehe – wird in unterschiedlichen Variationen betont – zu viel auf dem Spiel, wenn die Maßnahme scheitere; der Konsequenztopos wird bedient. Abgeordnete beider Parteien betonen den fehlerhaften Charakter der Maßnahme. Die vierte Hypothese, wonach sich die rhetorischen Strategien und Argumente eines Abgeordneten von der ersten auf die zweite Rede geändert haben, wenn sich auch dessen inhaltliche Position zum EESA geändert hat, lässt sich damit eher bejahen, wengleich natürlich kritisch anzumerken ist, dass die Veränderungen nicht den theoretischen Erwartungen entsprechen, sondern sich eher in anderen, zusätzlichen Argumenten äußern.

Indes lässt sich aber für die jeweils ersten Reden behaupten, dass beide Redner ihren Positionen treu bleiben und jeweils eher radikal bzw. reaktionär argumentieren. Barrett betont die gebotene Rückkehr zum Prinzip des freien Marktes als umfassende *purification*. Lee rekurriert wie die anderen Demokraten auch auf die Deregulierung als Ursache, prangert aber am EESA vor allem das Fehlen eines Konjunkturpakets an und eine falsche Verwendung von Steuergeldern. Sie kritisiert damit am EESA ebenfalls nicht dessen Effektivität beim Beseitigen der Krisenursachen, sondern vielmehr die falsche Behandlung der Symptome. Sie kündigt allerdings in ihren Reden an, für mehr Regulierung zu kämpfen und teilt damit die *purification* genau wie Waters auf.

### **3.5 Diskussion**

Auf Basis der analysierten Reden lassen sich zu den Motivlagen der an der COFEX beteiligten Abgeordneten in Anlehnung an Hussey verschiedene Beobachtungen formulieren. Im Falle von Ron Paul hat man es mit einem Vertreter der Extreme zu tun, der das Gesetz definitiv als schlechter ansieht als den Status Quo, denn er befürwortet ja ein Nichteingreifen und ein Zulassen der Rezession; bei Barrett (1) fällt auf, dass er sich eine Regierungsaktion wünscht, allerdings nach den Prinzipien des freien Marktes. Im Kontrast dazu stehen Pete

Stark und Barbara Lee, die die Notwendigkeit eines Eingriffes der Regierung anerkennen, aber die Umsetzung durch den EESA ablehnen. Man hat hier allein schon unter den Republikanern sehr heterogene Motivlagen, die sich aber beide deutlich von denen der Demokraten unterscheiden. Mit anderen Worten: Von *shared preferences* kann nicht die Rede sein.

Stattdessen könnte man von einer Mischung aus Multidimensionalität und Extremes-vs.-Leadership sprechen. Der Kompromissvorschlag stößt aus unterschiedlichen Gründen bei den Extremen auf Ablehnung. Teilweise mag diese Kritik auf ein *hyper-ideological-position-taking* zurückzuführen sein, womit die Extreme eine Änderung der Vorlage zu ihren Gunsten bewirken wollten – dementsprechend würden sie diese in ihren Reden auch nennen. Für diese Sichtweise sprechen nicht zuletzt auch Gründe, die die einzelnen Abgeordneten anführen, weshalb sie ihre Meinung geändert haben. Gresham Barrett erwähnt hier die Passagen zu FDIC, SEC und die Steuererleichterungen, die allesamt eher konservative Standpunkte darstellen, die ihn zur Zustimmung bewegt haben. Barbara Lee lässt hier eine genauere Begründung vermissen, spricht aber einmal die Ausweitung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes an, die unabhängig vom EESA beschlossen wurde.

Nehmen wir die Abgeordneten beim Wort, dann heißt das, dass zumindest teilweise gezielt durch Eingliederung bestimmter Passagen Zustimmung gewonnen wurde. Dies entspricht den Befunden einer Reihe quantitativer Studien zu der Abstimmung. Miller beispielsweise merkt zu den Ursachen des Scheiterns der COFEX an, dass zwei Erklärungen in Frage kommen. Zum einen eine generelle Panikstimmung in Folge der Konsequenzen der ersten Abstimmung, zum anderen der Inhalt der angefügten Gesetzesartikel im zweiten Entwurf (Miller 2009, 39). In Anlehnung an Enelow und Koehler lassen sich die Gesetzeszusätze (z.B. das Gesundheitsgesetz) als *saving-amendments* bezeichnen.

Angesichts der ungleich zahlreicheren Verweise auf die Konsequenzen des Nichtstuns, d.h. angesichts der Furcht vor schlimmen Folgen (bei allen, bis auf Ron Paul und Pete Stark) kann spekuliert werden, dass das Geschehen an den Börsen nach der ersten Abstimmung wesentlich entscheidender für den Wechsel von 58 Abgeordneten ins Lager der Befürworter war als die zusätzlichen Gesetzesakte.

Den bereits in der ersten Debatte ausgesprochenen Warnungen der Abgeordneten im Zentrum (z.B. bei Paul Ryan) vor unliebsamen Konsequenzen des Nichtstuns hat das Geschehen auf den Börsen möglicherweise Glaubwürdigkeit verliehen. Wen belegt dies, indem er zeigt, dass die wirtschaftlichen Umstände in den jeweiligen Kongressbezirken in der zweiten Abstimmung eine Rolle im Abstimmungsverhalten gespielt haben (Wen 2011, iii).



Das entspricht den Überlegungen zum *position-taking*, wonach die jeweilige Wählerschaft einen starken Einfluss auf das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten ausübt. Zum *position-taking* in der Debatte lassen sich auch noch eher formale Beobachtungen treffen.<sup>38</sup> Während in der ersten Debatte nur 68 Debattenteilnehmer den EESA befürworteten (55D/13 R), waren es in der zweiten Debatte bereits 86, wobei der Zuwachs hauptsächlich auf 14 weitere Republikaner zurückzuführen ist (59D/27R). In der ersten Debatte gab es 47 Teilnehmer in der Debatte, die gegen den EESA gesprochen haben (17D/30R), während es in der zweiten Debatte nur noch 33 (15D/18R) waren. Es fällt auf, dass die Zahl der Beiträge aus dem Lager der Befürworter in beiden Fällen wesentlich höher war als aus den Reihen der Gegner. Es kann daher für diese Abstimmung nicht bestätigt werden, dass Abgeordnete der Extreme – wie oben angesprochen – öfter das Wort ergriffen haben. Wenn man sich nur die Zahl der Abgeordneten ansieht, die tatsächlich eine Rede vor dem Plenum gehalten und nicht nur ihre Gedanken in die *extensions of remarks* gesetzt haben, dann fällt eine noch stärkere Veränderung von der ersten zur zweiten Debatte auf.

Während in der ersten Debatte 41 Redner für den EESA waren (29D/12R) und 37 dagegen (12D/25R), stimmten in der zweiten Debatte nun schon 50 für den EESA (32 D/18 R) und nur noch 13 dagegen (5D/8R). Damit verringerte sich die Zahl der Gegner, die vor dem Plenum reden durften, jeweils um zwei Drittel, während die Zahl der Gegner des EESA in der abschließenden Abstimmung nur um 25% zurückging (von 228 auf 171)! Das ist womöglich auf Faktoren zurückzuführen, die sich von der ersten auf die zweite Abstimmung verändert haben. Möglicherweise lässt sich der starke Rückgang der Gegner unter den Rednern auch mit der Panikstimmung erklären, die die Fraktionsführungen der Parteien dazu veranlasst haben könnte, weniger kritische Redner auf die Rednerliste zu setzen, um damit einen homogenen Nachrichtenstrom aus dem Parlament zu generieren (vgl. Rocca 2007; Harris 2005, 137).

Neben diesen plausiblen Überlegungen gibt es wesentlich bedenklichere Erklärungen für das Abstimmungsverhalten. Dorsch entwickelte ein Modell, das das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei *special-interest-legislation* erklären soll, und kommt zu dem Schluss, dass sowohl die Zahl der Beschäftigten im Finanzsektor im jeweiligen Kongressbezirk als auch die Kampagnenspenden einen Einfluss darauf ausgeübt haben (Dorsch 2013, 225). Eingeschränkt wird dieser aus demokratietheoretischer Sicht bedenkliche Befund dadurch, dass laut Wen und Miller für die zweite, erfolgreiche

---

<sup>38</sup> Im Folgenden werden kurze zahlentechnische Überlegungen zu allen Rednern an beiden Debattentagen getätigt. Als Belege dafür finden sich die Rednerlisten der beiden Debatten im Anhang 7.2.

Abstimmung ein geringerer Einfluss der beiden angesprochenen Faktoren festzustellen war (Wen 2011, 17; Miller 2009, 39).

#### 4. Schlussbetrachtung: Wie viel mehr als Polarisierung?

Die Befunde der vorliegenden Arbeit sind in mancher Hinsicht limitiert. Grenzen der Generalisierbarkeit ergeben sich zum einen aus dem ausschließlichen Fokus auf die EESA-Abstimmung und zum anderen aus einer weiteren doppelten Beschränkung. Einerseits hätte es im Rahmen einer ausgiebigen Analyse der Abweichter auch die Möglichkeit gegeben neben Debattenbeiträgen auch Pressemitteilungen oder Reden von anderen Tagen zu verwenden. Andererseits hätten die untersuchten Abgeordneten auch anders ausgewählt werden können (z.B. nach Länge der Reden oder Stellung im Parlament). Darüber hinaus ist der qualitative, diskursive Ansatz der Arbeit ein Manko bezüglich der Generalisierbarkeit. Beide Kritikpunkte könnten bei zukünftigen Forschungen durch Änderungen und Anpassungen der Methode ausgeräumt werden (z.B. durch quantitative Ansätze mittels computergestützter Inhaltsanalyse).

Indes sollte betont werden, dass im Kontext des Ansatzes von Brock et al. andere Formen der Analyse auch nicht denkbar sind. Aus dem Format ergeben sich aber auch Stärken, weil ausführlich aufgearbeitet und dargelegt werden kann, wie sich Strategien mitunter deutlich unterscheiden und ob und inwieweit Positionen konsistent vorgetragen werden. Auch sollte der heuristische Wert der Arbeit, d.h. der erstmalige Zugang zu COFEX über politisches Textmaterial, nicht vernachlässigt werden.

In der Arbeit wurde der Versuch unternommen, Husseys Arbeit zur COFEX mit der Forschung zum *position-taking* zu verbinden. Es sollte zunächst die Forschungsfrage beantwortet werden, ob im konkreten Fall der EESA-Abstimmung Unterschiede und Veränderungen in den rhetorischen Strategien und Argumenten von Abgeordneten zu beobachten waren und wie sich diese Unterschiede beschreiben lassen.

Die erste Teilfrage lässt sich eindeutig bejahen. Je nach politischer Position, je nach Zugehörigkeit zur COFEX und je nach *Ideologie* können Unterschiede festgestellt werden. Für die Beschreibung der Unterschiede muss angemerkt werden, dass diese aber nicht immer den Erwartungen an ein *rounded statement about motives* entsprechen. Es fällt insbesondere auf, dass einige Abgeordnete zu einer anderen Argumentationsweise greifen, die man als *Konsequenztopos* bezeichnen könnte. Während Ron Paul vor den Konsequenzen des Handelns warnt, verweisen fast alle anderen Abgeordneten auf die Folgen des Nichthandelns. Es gibt überdies Gemeinsamkeiten nach der *Ideologie* und der Zugehörigkeit zur COFEX.

Genannt werden sollen hier stellvertretend die Wertorientierung auf Seiten der Rechten, eine ausführliche empirische Beschreibung der Situation auf Seiten der Linken sowie relativ monokausale Krisenerklärungen auf Seiten der Extreme, denen auf Seite des Zentrums besonders Waters mit einer ausführlichen Nennung der Krisenursachen gegenübersteht.

Es fällt ferner auf, dass einige Abgeordnete zwar Ursachen für die Krise nannten, diese aber in ihrer Argumentation nicht explizit angingen. Manche gingen allerdings darauf ein, machten aber deutlich, dass der EESA diese Ursachen nicht behandle und dass sie stattdessen selbst weiter in der Zukunft darauf drängen würden.

Als Destillat bleibt übrig, dass die Befürworter im EESA keine Maßnahme sahen, die die Ursachen der Krise ausräumen sollte, sondern vielmehr ein Mittel zur Abschwächung der Konsequenzen der Krise. Man könnte im Ansatz von Brock et al. nun zwischen ganzheitlicher *purification* und bloßer *mitigation* unterscheiden.

Der EESA stellt ein Gesetz dar, das sich nach Meinung der Befürworter und teilweise auch der Kritiker allein auf letzteres festlegt und festlegen sollte. Möglicherweise ist er damit als unbefriedigende politische Reaktion aufzufassen, weil er nach Brock et al. nicht wirklich ideologisch fundiert ist und keine umfassende Antwort auf *disorder* im Rahmen des *dramatistic process* bietet. Damit könnte das ein Grund für die andauernde Unbeliebtheit des Gesetzes sein (Gongloff 2012). Die Politik erweckt den Eindruck einer gewissen Hilflosigkeit, wenn sie darauf verzichtet, Ursachen anzugehen, und stattdessen nur Symptome bekämpft – der Eindruck von Erpressbarkeit, zumindest aber von Getriebenheit, kommt auf. Besonders deutlich wird das durch Paul Ryans Verweis darauf illustriert, dass eine Mehrheit ja dafür stimmen **müsse** (Ryan 1, H10379). In Verbindung mit den Befunden zum Einfluss von *special-interests* auf die Entscheidung im Kongress wird aus einem harmlos wirkenden Kompromiss der Fraktionsführungen eine scheinbare Mogelpackung, um es beschönigend zu formulieren.

Erinnerungen an das von Brink Lindsey im Eingangsteil angesprochene „Washington establishment“ kommen auf. Über dieses lässt sich nämlich sagen: „By working stiff and business executives, radicals and reactionaries, ward heelers and Presidents, the term is used pejoratively.“ (Silk und Silk 1980, ix) Denn nach dem Hörensagen handelt es sich bei diesem um eine prinzipienlose, wendige und geschmeidige Institution, die sich möglicherweise sogar gegen die Bevölkerung verschworen hat (Silk und Silk 1980, 5f.).

In ihrer anekdotenhaften, historischen Abhandlung des Establishments – beide sprechen hier von einem „amerikanischen Mythos“ – stellen Silk und Silk die Behauptung auf, dass „out of industrialization and industrial conflict“ (Silk und Silk 1980, 324) die Institutionen,

die gemeinhin im modernen Amerika als Establishment gelten, geboren wurden. Thomas Jeffersons Vision einer agrarischen Gesellschaft habe keine Perspektive mehr bieten können in Zeiten urbanisierter Massengesellschaften. Das Establishment begann zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen *Government* und *Business* zu vermitteln. Es sieht sich immer wieder Attacken ausgesetzt – vonseiten der Linken und der Rechten.

Und damit wären wir auch schon auf eine befriedigende historische Interpretation der Gegner des EESA gestoßen, die sich in die diskutierten, von Hussey systematisierten, Motivlagen gut einfügen lässt. In der Tradition der großen Populisten von rechts und links, von Goldwater bis Bryan, wird eine Kompromissmaßnahme abgelehnt. Eine reine Form der Profilierung, ein „Zu-viel-Wollen“ auf den jeweiligen Seiten des Establishments? Ein *hyper-ideological-position-taking*? Keine besonderen intellektuellen Grundlagen der Positionierung, keine Gemeinsamkeiten (*shared preferences*), nur simple politische Gier? Dasselbe übertriebene Hintergrundlamento der Extreme seit Jahrhunderten also auch im Falle des EESA? Diese Fragen als rhetorische Fragen aufzufassen ist einfach, sie aber als offene Fragen ernst zu nehmen, ist herausfordernd.

Zukünftige Forschungen in diese Richtung – zum Beispiel zu Naders Vorschlag einer *Left-Right-Alliance* – oder eine ausführlichere Aufarbeitung der Debatte um den EESA<sup>39</sup> könnten Antworten auf diese Fragen geben. Daneben schafft die Beschäftigung mit COFEX aber auch ein stärkeres Bewusstsein für die Nuancen, Tiefen und Untiefen des politischen Diskurses und Wettbewerbs. Eine Abgrenzung der Parteien entlang der politischen Mitte ist mitunter zu kurz gedacht. Oftmals teilen wir uns tatsächlich ein Bett mit „fremden Bettgenossen“.

## 5. Literaturverzeichnis

Brinkbäumer, Klaus; Spörl, Gerhard (2004): Zwei Amerikas, zwei Welten. In: DER SPIEGEL 45 2004, 118-128.

Brock, Bernard L.; Huglen, Mark E.; Klumpp, James F.; Howell, Sharon (2005): Making Sense of Political Ideology. The Power of Language in Democracy. (Rowman and Littlefield Publishers, Inc.: Lanham Boulder New York Toronto Oxford)

Congressional Budget Office (2008): Emergency Economic Stabilization Act of 2008. Online (28.09.2008) <http://www.cbo.gov/publication/24840>, letzter Zugriff: 07.07.2014

---

<sup>39</sup> Beispielsweise im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse mit Wortzählprogrammen wie Wordfish.

Converse, Philip E. (1964): The nature of belief systems in mass publics. In: *Critical Review: A Journal of Politics and Society* 18, 1-3; 1-74.

Deutschlandtrend (2012): Die Deutschen würden Obama wählen. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/dtrend836.html> ,letzter Zugriff: 07.07.2014

Diermeier, Daniel; Godbout, Jean-Francois, Yu, Bei; Kaufmann, Stefan (2011): Language and Ideology in Congress. In: *British Journal of Political Science* 42, 31-55.

Dorsch, Michael (2013): Bailout for sale? The vote to save Wall Street. In: *Public Choice* 155, 211-228.

Ellis, Christopher; Stimson, James A. (2012): *Ideology in America*. (Cambridge University Press: Cambridge, New York, u.a.)

Enelow, J. M., and D. H. Koehler (1980): The Amendment in Legislative Strategy - Sophisticated Voting in the United-States Congress. In: *Journal of Politics* 42 2, 398-413.

Gongloff, Mark (2012): Bank Bailout Now Hated More Than Ever: Study. Online: (10.04.2012) [http://www.huffingtonpost.com/2012/04/10/bank-bailout-opinion-harris\\_n\\_1415647.html](http://www.huffingtonpost.com/2012/04/10/bank-bailout-opinion-harris_n_1415647.html), letzter Zugriff: 07.07.2014

Government Printing Office (2014): CONGRESSIONAL RECORD (<http://www.gpo.gov/fdsys/browse/collection.action?collectionCode=CREC>) letzter Zugriff: 07.07.2014

Harris, Douglas B. (2005): Orchestrating Party Talk: A Party-Based View of One-Minute Speeches in the House of Representatives. In: *Legislative Studies Quarterly* 30 1, 127-141

Haidt, Jonathan (2012): *The Righteous Mind. Why good people are divided by politics and religion* (Vintage Books: New York).

Hanan, Joshua ; Chaput, Catherine (2013): Stating the exception: Rhetoric and Neoliberal Governance during the Creation and Passage of the Emergency Economic Stabilization Act of 2008. In: *Argumentation and Advocacy* 50, 18-33.

Hess, Jacob Z.; Todd, Nathan R. (2008): From Culture War to Difficult Dialogue: Exploring Distinct Frames for Citizen Exchange about Social Problems. In: *Journal of Public Deliberation* 5 1, Article 3.

Highton, Benjamin; Rocca, Michael (2005): Beyond the Roll-Call Arena: The Determinants of Position Taking in Congress. In: *Political Research Quarterly* 58 2, 303-316.

Hulse, Carl; Herszenhorn, David M. (2008): House Rejects Bailout Package, 228-205; Stocks Plunge. Online: (29.09.2008)  
[http://www.nytimes.com/2008/09/30/business/30bailout.html?pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2008/09/30/business/30bailout.html?pagewanted=all&_r=0), letzter Zugriff: 07.07.2014

Hulse, Carl (2008): Pressure Builds on House After Senate Backs Bailout. Online: (01.10.2008)  
<http://www.nytimes.com/2008/10/02/business/02bailout.html?adxnnl=1&adxnnlx=1401008446-H0T8LdiUJsIfnqU40ckYgA>, letzter Zugriff: 07.07.2014

Hussey, Wesley (2007): *The Coalition of Extremes: Ends against the Middle in the United States Congress*. Dissertation. University of California: Los Angeles.

Hussey, Wesley (2009): *2008 Wall Street Bailout Bill: Ends Against the Middle in the United States Congress*. Unpublished Conference paper. Prepared for delivery at the 2009 Annual Meeting of the Midwest Political Science Association

Isidore, Chris (2008): Bailout plan rejected - supporters scramble. Online: <http://money.cnn.com/2008/09/29/news/economy/bailout/> (29.09.2008), letzter Zugriff: 07.07.2014

Kalaf-Hughes, Nicole (2013): Position-taking in House debate and the issue of immigration. In: *Politics, Groups, and Identities* 1 , 488-509.

Klein, Josef (2003): Fraktionsdebatte und Plenardebatte: die unbekannte und die verkannte Ausprägung parlamentarischer Debatte. In: Schriftliche und mündliche Kommunikation. Begriffe – Methoden – Analysen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Brinker (Hrsg. Hagemann, Jörg; Sager, Sven F.) (Stauffenburg Festschriften: Tübingen), 315-325.

Klein, Josef (2009): Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik. In: Fix, Ulla (Ed.), Gardt, Andreas (Ed.), Knappe, Joachim (Ed.) (2009): Rhetorik und Stilistik. Ein internationales Handbuch historischer und systematischer - *Halbband 2*. (De Gruyter Mouton : Berlin, Boston), 2112-2131.

Lindsey, Brink (2014) on „Real Clear Radio Hour“: Liberalarians Unite. Online: [http://www.realclearpolitics.com/video/2014/06/15/brink\\_lindsey\\_liberalarians\\_unite.html](http://www.realclearpolitics.com/video/2014/06/15/brink_lindsey_liberalarians_unite.html) , letzter Zugriff: 07.07.2014

Mayhew, David R. (1974): Congress. The electoral connection. (Yale University Press: London, England).

McHugh, Patrick J. (2010): The Subtle Honesty of Words: Symbols that Shape American Politics. Dissertation (Chapel Hill: North Carolina).

Miller, Ryan Theodore (2009): The Determinants of Congressional Voting on the Emergency Economic Stabilization Act of 2008. Dissertation (Duke University: Durham North Carolina)

Nader, Ralph (2014) on „Real Clear Radio Hour“: Forging an Transpartisan Anti-Cronyist Alliance. Online: [http://www.realclearpolitics.com/video/2014/06/15/ralph\\_nader\\_forging\\_a\\_transpartisan\\_anti-cronyist\\_alliance.html](http://www.realclearpolitics.com/video/2014/06/15/ralph_nader_forging_a_transpartisan_anti-cronyist_alliance.html), letzter Zugriff: 07.07.2014

Nokken, Timothy P. (2003): The Ideological Ends Against the Middle: House Roll Call Votes on Normal Trade Relation Status for China, 1990-2000. In: Congress and the Presidency 30 2, 153-170.

Proksch, Sven-Oliver; Slapin, Jonathan B. (2012): Institutional Foundations of Legislative Speech. In: *American Journal of Political Science* 56 3 2012, 520-537.

Peterson, Erika; Simonovits, Gabor (2014): Costly Values: Values-Based Justifications Exacerbate the Consequences of Policy Disagreements for Politician Support. Verfügbar unter: SSRN: <http://ssrn.com/abstract=2432798> ; <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2432798>, letzter Zugriff: 07.07.2014

Poole, Keith T.; Rosenthal, Howard (1997): *Congress. A Political-Economic History of Roll Call Voting* (Oxford University Press: New York Oxford).

Rocca, Michael S. (2007): Nonlegislative Debate in the U. House of Representatives. In: *American Politics Research* 35 4, 489-505.

Rocca, Michael S.; Gordon, Stacy B. (2010): The Position-taking Value of Bill Sponsorship in Congress. In: *Political Research Quarterly* 63 2, 387-397

Schneider, Jerrold E. (1979): *Ideological Coalitions in Congress*. (Greenwood Press: Westport, Connecticut; London, England)

Sigelman, Lee; Deering, Christopher J.; Loomis, Burdett A. (2001): „Wading Knee Deep in Words, Words, Words“: Senatorial Rhetoric in the Johnson and Clinton Impeachment Trials. In: *Congress and the Presidency* 28 2, 119-139.

Silk, Leonard; Silk, Mark (1980): *The American Establishment* (Basic Books: New York).

Suedfeld, Peter (2010): The Cognitive Processing of Politics and Politicians: Archival Studies of Conceptual and Integrative Complexity. In: *Journal of Personality* 78 6, 1669-1702.

Tetlock, Philip E. (1983): Cognitive Style and Political Ideology. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 45 1 1983, 118-126.

Tetlock, Philip E. (1981): Personality and Isolationism: Content of Senatorial Speeches. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 41 4 1981, 737-743.



Washington Times (2008): Summary of the Emergency Economic Stabilization Act of 2008. Online: (28.09.2008) <http://www.washingtontimes.com/news/2008/sep/28/summary-emergency-economic-stabilization-act-2008/>, letzter Zugriff: 07.07.2014

Wen, Hua Jin (2011): The Political Economy of TARP bank bailouts. Masterarbeit (Georgetown University: Washington D.C.)

## **6. Plenarprotokolle aus den *Congressional Records***

Die Auszüge aus den *Congressional Records* werden hier nach Redner sortiert (z.B. Representative Lee 1 = Beitrag von Lee in der ersten Debatte). Die jeweiligen Protokolle für die beiden Tage sind in den *Congressional Records* unter folgendem Link zu finden: <http://www.gpo.gov/fdsys/browse/collection.action?collectionCode=CREC>

Representative Barrett 1 (South Carolina), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10368

Representative Barrett 2 (South Carolina), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10763

Representative Lee 1 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10370

Representative Lee 2 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10772-H10773

Representative McCotter (Michigan), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10363

Representative Paul 1 (Texas), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10369-H10370

Representative Paul 2 (Texas), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10772; H10782

Representative Ryan 1 (Wisconsin), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10379

Representative Ryan 2 (Wisconsin), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10769-H10770

Representative Stark 1 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10409

Representative Stark 2 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10758; H10788;H10800

Representative Waters 1 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 157, 9-29-2008, H10376-H10377

Representative Waters 2 (California), Emergency Economic Stabilization Act of 2008, Congressional Records 154, 161, 10-3-2008, H10772

## 7. Anhang

### 7.1 dw-nominate-first-dimension-Werte für die Abgeordneten

	Republikanische Abgeordnete für 3.4		Demokratische Abgeordnete für 3.4		Republikanische Abgeordnete für 3.3		Demokratische Abgeordnete für 3.3	
<b>Name (Wert)</b>	Gresham	Barrett	Barbara Lee		Ron Paul	(1,158)	Pete Stark	(-0,7)
	(0,826)		(-0,694)					
	Judy	Biggert	Carolyn		Paul	Ryan	Maxine	Waters
	(0,623)		Kilpatrick		(0,819)		(-0,617)	
			(-0,479)					
	Mac Thornberry	Sheila	Jackson-					

(0,716)	Lee (-0,456)
Jim Ramstad	
(0,624)	

Quelle: <http://voteview.com/dwnominate.asp>. Der Datensatz ist titulierte „Legislator Estimates 1st to 112th Houses“.

## 7.2 Rednerlisten der Debatten

Jede der Listen beinhaltet alle Debattenbeiträge in chronologischer Reihenfolge. Es wird nach den *extensions of remarks* und den tatsächlichen Reden vor dem Plenum unterschieden. Auf Basis dieser Listen ergeben sich die im Diskussionsteil angesprochenen zahlenmäßigen Verteilungen.

*Liste für die Debatte am 29.9.2008*

<b>Reden vor dem Plenum</b>		
Abgeordneter	Partei	Position zum EESA
Barney Frank	Demokrat	Ja
Gary G. Miller	Republikaner	Ja
Melvin Luther Watt	Demokrat	Ja
Charles Jeremy Lewis	Republikaner	Ja
Adam H. Putnam	Republikaner	Ja
Lynn Woolsey	Demokrat	Nein
Thaddeus George McCotter	Republikaner	Nein
Jim Moran	Demokrat	Ja
Jeb Hensarling	Republikaner	Nein
Isaac Newton Skelton IV	Demokrat	Ja
John Culberson	Republikaner	Nein
Lloyd Alton Doggett II	Demokrat	Nein
Mike Pence	Republikaner	Nein
James Manuel Jim Costa	Demokrat	Ja
Daniel E. Lungren	Republikaner	Ja
Pete Visclosky	Demokrat	Nein
Carolyn Maloney	Demokrat	Ja
Paul Broun	Republikaner	Nein
Brad Sherman	Demokrat	Nein
Gresham Barrett	Republikaner	Nein
Jim Marshall	Demokrat	Ja
Lynn Westmoreland	Republikaner	Nein

Charles B. Rangel	Demokrat	Ja
Ron Paul	Republikaner	Nein
Barbara Lee	Demokrat	Nein
Thomas Milburn Davis III	Republikaner	Ja
Paul E. Kanjorski	Demokrat	Ja
Virgil Hamlin Goode Jr.	Republikaner	Nein
Carolyn McCarthy	Demokrat	Ja
Christopher Hunter Shays	Republikaner	Ja
Chaka Fattah	Demokrat	Ja
Ted Poe	Republikaner	Nein
John Dingell	Demokrat	Ja
Judith Borg Biggert	Republikaner	Nein
Peter DeFazio	Demokrat	Nein
Darrell Issa	Republikaner	Nein
Maxine Waters	Demokrat	Ja
Scott Garrett	Republikaner	Nein
John S. Tanner	Demokrat	Ja
Jefferson B. Miller	Republikaner	Nein
Jim Oberstar	Demokrat	Ja
Jeff Flake	Republikaner	Nein
Earl Blumenauer	Demokrat	Nein
Louis Gohmert	Republikaner	Nein
Carolyn Cheeks Kilpatrick	Demokrat	Nein
Paul Ryan	Republikaner	Ja
Sheila Jackson Lee	Demokrat	Nein
Jeffrey Lane Fortenberry	Republikaner	Nein
Bill Foster	Demokrat	Ja
Todd Akin	Republikaner	Nein
Eliot Engel	Demokrat	Ja
John Spratt	Demokrat	Ja
John B.T. Campbell III	Republikaner	Ja
Melissa Bean	Demokrat	Ja
Virginia Brown-Waite	Republikaner	Nein
Loretta Sanchez	Demokrat	Nein
Marcy Kaptur	Demokrat	Nein
Steve LaTourette	Republikaner	Nein
Nancy Pelosi	Demokrat	Ja
Michele Bachmann	Republikaner	Nein
Rahm Israel Emanuel	Demokrat	Ja
Bob Inglis	Republikaner	Ja
Dennis Kucinich	Demokrat	Nein
Todd Tiahrt	Republikaner	Nein
Gregory Meeks	Demokrat	Ja
Timothy Tim F. Murphy	Republikaner	Nein
Henry Waxman	Demokrat	Ja
John Shadegg	Republikaner	Nein

Joseph Crowley	Demokrat	Ja
Marilyn Musgrave	Republikaner	Nein
Keith Ellison	Demokrat	Ja
Spencer Bachus	Republikaner	Ja
Rosa DeLauro	Demokrat	Ja
Roy Dean Blunt	Republikaner	Ja
Ed Markey	Demokrat	Ja
Barney Frank	Demokrat	Ja
John Boehner	Republikaner	Ja
Steny Hoyer	Demokrat	Ja
<b><i>Extensions of remarks</i></b>		
Abgeordneter	Partei	Position zum EESA
Rush Dew Holt Jr.	Demokrat	Ja
Janice Schakowsky	Demokrat	Ja
Jerry Francis Costello	Demokrat	Nein
Mark Udall	Demokrat	Nein
Carolyn Cheeks Kilpatrick	Demokrat	Nein
Lois Capps	Demokrat	Ja
Tim Mahoney	Demokrat	Ja
Cliff Stearns	Republikaner	Nein
James R. Langevin	Demokrat	Ja
Carolyn McCarthy	Demokrat	Ja
John James Conyers	Demokrat	Nein
Henry Waxman	Demokrat	Ja
Duncan Lee Hunter	Republikaner	Nein
Chris Van Hollen	Demokrat	Ja
John Joseph Hall	Demokrat	Ja
Norm Dicks	Demokrat	Ja
Ms. Eddie Bernice Johnson	Demokrat	Ja
Lamar Seeligson Smith	Republikaner	Ja
Anna Georges Eshoo	Demokrat	Ja
Jackie Speier	Demokrat	Ja
Mac Thornberry	Republikaner	Nein
Susan Davis	Demokrat	Ja
Brad Miller	Demokrat	Ja
Bob Etheridge	Demokrat	Ja
Ron Kind	Demokrat	Ja
Jim Ramstad	Republikaner	Nein
Sanford Dixon Bishop	Demokrat	Ja
Danny Davis	Demokrat	Ja
Ginny Brown-Waite	Republikaner	Nein
Jerry Nadler	Demokrat	Ja
Phil Hare	Demokrat	Ja
Allyson Young Schwartz	Demokrat	Ja
Diana Louise DeGette	Demokrat	Ja

Pete Stark	Demokrat	Nein
Richard Neal	Demokrat	Ja
Chet Edwards	Demokrat	Ja
Jane Margaret Lakes Harman	Demokrat	Ja

*Liste für die Debatte am 3.10.2008*

<b><i>Reden vor dem Plenum</i></b>		
Abgeordneter	Partei	Position zum EESA
Charles Rangel	Demokrat	Ja
Jim McCrery	Republikaner	Ja
Roy Blunt	Republikaner	Ja
Pete Stark	Demokrat	Nein
Howard Coble	Republikaner	Ja
Richard Neal	Demokrat	Ja
Dave Camp	Republikaner	Ja
John S. Tanner	Demokrat	Ja
Devin Nunes	Republikaner	Nein
Earl Blumenauer	Demokrat	Nein
Zach Wamp	Republikaner	Ja
John Lewis	Demokrat	Ja
Kevin Brady	Republikaner	Ja
Ron Kind	Demokrat	Ja
Bill Pascrell	Demokrat	Ja
Brad Sherman	Demokrat	Nein
Jim McCrery	Republikaner	Ja
Joseph Crowley	Demokrat	Ja
Barney Frank	Demokrat	Ja
Gresham Barrett	Republikaner	Ja
Jim Moran	Demokrat	Ja
Tom Cole	Republikaner	Ja
Zoe Lofgren	Demokrat	Ja
Jeb Hensarling	Republikaner	Nein
Jim Marshall	Demokrat	Ja
Judy Biggert	Republikaner	Ja
Dennis Kucinich	Demokrat	Nein
David Scott	Demokrat	Ja
Scott Garrett	Republikaner	Nein
Danny Davis	Demokrat	Ja
John Dingell	Demokrat	Ja

Gary G. Miller	Republikaner	Ja
Ed Perlmutter	Demokrat	Ja
Chris Shays	Republikaner	Ja
Richard Neal	Demokrat	Ja
Mike Pence	Republikaner	Nein
Paul E. Kanjorski	Demokrat	Ja
Paul Ryan	Republikaner	Ja
Dave Obey	Demokrat	Ja
Steve LaTourette	Republikaner	Nein
Jerrold Nadler	Demokrat	Ja
Joe Barton	Republikaner	Ja
Donna Edwards	Demokrat	Ja
Marilyn Musgrave	Republikaner	Nein
Ruben Hinojosa	Demokrat	Ja
Marcy Kaptur	Demokrat	Nein
Ginny Brown-Waite	Republikaner	Nein
Gwen Moore	Demokrat	Ja
Ron Paul	Republikaner	Nein
Maxine Waters	Demokrat	Ja
Daniel E. Lungren	Republikaner	Ja
Barbara Lee	Demokrat	Ja
Spencer Bachus	Republikaner	Ja
Jim Clyburn	Demokrat	Ja
Chip Pickering	Republikaner	Ja
Joe Baca	Demokrat	Ja
Chaka Fattah	Demokrat	Ja
Carolyn Maloney	Demokrat	Ja
John Spratt	Demokrat	Ja
Steny Hoyer	Demokrat	Ja
John Boehner	Republikaner	Ja
Patrick J. Kennedy	Demokrat	Ja
Nancy Pelosi	Demokrat	Ja
<b><i>Extensions of remarks</i></b>		
Abgeordneter	Partei	Position zum EESA
Mazie Hirono	Demokrat	Ja
Sheila Jackson Lee	Demokrat	Ja
Bobby Scott	Demokrat	Nein
Rush Dew Holt Jr.	Demokrat	Ja
Michael R. Mike Turner	Republikaner	Nein
Ron Paul	Republikaner	Nein
Janice Schakowsky	Demokrat	Ja
Todd Tiahrt	Republikaner	Nein
Tom Latham	Republikaner	Nein
Jeffrey Lane Fortenberry	Republikaner	Nein
Carolyn Cheeks Kilpatrick	Demokrat	Ja

Jackie Speier	Demokrat	Ja
Earl Blumenauer	Demokrat	Nein
Lucille Roybal-Allard	Demokrat	Nein
Frank Rudolph Wolf	Republikaner	Ja
Candice Miller	Republikaner	Nein
Cliff Stearns	Republikaner	Nein
Lois Capps	Demokrat	Ja
George Miller III	Demokrat	Ja
Pete Stark	Demokrat	Nein
John James Conyers	Demokrat	Nein
Dennis Moore	Demokrat	Ja
Jim Ramstad	Republikaner	Ja
Sanford Dixon Bishop	Demokrat	Ja
Mark Udall	Demokrat	Nein
John Joseph Hall	Demokrat	Ja
Allyson Young Schwartz	Demokrat	Ja
Tom Udall	Demokrat	Nein
Chris Van Hollen	Demokrat	Ja
Dave Weldon	Republikaner	Ja
Jackie Speier	Demokrat	Ja
Rodney Procter Frelinghuysen	Republikaner	Ja
Jim Ramstad	Republikaner	Ja
Lee Raymond Terry	Republikaner	Ja
John David Dingell Jr.	Demokrat	Ja
Jim Cooper	Demokrat	Ja
John James Conyers	Demokrat	Nein
Jim Moran	Demokrat	Ja
Sheila Jackson Lee	Demokrat	Ja
Anna Georges Eshoo	Demokrat	Ja
Steve Chabot	Republikaner	Nein
Pete Stark	Demokrat	Nein
Dennis Moore	Demokrat	Ja
Terry Everett	Republikaner	Ja
Bill Shuster	Republikaner	Ja
Tom Feeney III	Republikaner	Nein
James R. Langevin	Demokrat	Ja
Laura Richardson	Demokrat	Ja
Jerry Francis Costello	Demokrat	Nein
Bob Etheridge	Demokrat	Ja
Norm Dicks	Demokrat	Ja
Kendrick Brett Meek	Demokrat	Ja
Mac Thornberry	Republikaner	Ja
Jim Clyburn	Demokrat	Ja
Russ Carnahan	Demokrat	Ja